

Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Neue Abwehrstreiks

Dortmund, 9. Oktober. (Eig. Ber.)
Die Belegschaft der Firma v. d. Becke hatte auf Grund von Neueinstellungen die Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden reduziert und für die 30. bis 40. Arbeitsstunde den Lohn um 20 bzw. 36% gekürzt. Die Belegschaft ist daraufhin in den Streik getreten. In einer gemeinsamen Streikversammlung wurden folgende Forderungen aufgestellt:

1. Weiterbezahlung des alten Tariflohnes, auch für die neu eingestellten Kollegen.
2. Kampf bis zur restlichen Erfüllung dieser Forderung.
3. Die Arbeitsaufnahme erfolgt bei Erfüllung dieser Bedingungen geschlossen; Maßregelungen werden nicht geduldet.

Bielefeld, 9. Oktober. (Eig. Ber.)
Die Belegschaft der Firma Roos & Cahn ist geschlossen in den Streik getreten. Auf Grund der Nolverordnung sollte der Lohn um 40% gekürzt werden. In einer Belegschaftsversammlung wurde ein Streikausschuß von 10 Mitgliedern gewählt. Man erklärte einmütig, den Streik nicht eher beenden zu wollen, bis die Forderungen durchgesetzt seien.

Mannheim, 9. Oktober.
Die Belegschaft der Mannheimer Schiff- und Maschinenbau-A.-G. ist am 7. Oktober geschlossen in den Streik getreten. Der Streik richtet sich gegen einen Lohnabbau auf Grund der Papen-Nolverordnung in Höhe von 50 Prozent von der 31. bis 40. Stunde.

Neumünster, 9. Oktober.
In der Papierfabrik Möller & Sohn, Neumünster, trat am 8. Oktober die Belegschaft gegen einen achtprozentigen Lohnabbau in den Streik.

München, 9. Oktober.
CNB. Die in Streik getretene Belegschaft der Bayerischen Motorenwerke hat in einer Versammlung beschlossen, im Streik zu verharren. Die Betriebsleitung des Werkes ließ durch Anschlag erklären, daß alle Arbeiter entlassen seien, die am Montag früh die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Am Konflikt sind etwa 900 Arbeiter beteiligt.

Streikbeschuß

Duisburg, 9. Oktober. (Eig. Ber.)
In einer Belegschaftsversammlung des Kabelwerkes, die zu dem beabsichtigten Lohnabbau Stellung nahm, wurde der Beschluß gefaßt, durch den Betriebsrat eine Urabstimmung durchführen zu lassen. Von den insgesamt 291 Belegschaftsmitgliedern beteiligten sich nur 185 an der Abstimmung. 125 stimmten für und 60 gegen einen Streik. Das Abstimmungsergebnis ist also nicht besonders günstig, und es ist höchst fraglich, ob die Gewerkschaften nach dieser Abstimmung den Streik billigen werden.

Streiksiege

gegen Papen-Lohnraub erzielten die Belegschaften in der Schuhfabrik Stern in Gladbach-Rheydt; Firma Scharschuh in Gladbach-Rheydt; Gesellschaft für Cord-Industrie in Helenabrunn; Firma Brenke & Glörfeld bei Hagen i. W.; Wilhelmshütte in Bochum; Textilfabrik Tannenbaum, Pariser & Co. in Luckenwalde; Emailierwerk in Bergedorf bei Hamburg; Metallfirma Meyer & Niß, Hamburg.

Der Buchdruckerverband kapituliert

Essen, 9. Oktober. (Eig. Ber.)
Durch die Geschäftsleitung des Zeitungs- und Buchdruckerverlages Girardet wurde den graphischen Hilfsarbeitern mitgeteilt, daß ab kommender Woche ein wöchentlicher Lohnabzug von 3,60 Mk. eintrete. Die Hilfsarbeiter beschlossen daraufhin gegen 2 Stimmen, sofort in den Streik zu treten. In der anschließenden Streikversammlung erklärte der Verbandsangestellte Böning vom Buchdruckerverband, der Streik sei „unge-

setzlich“ und nicht mehr erlaubt. Es gelang ihm, die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen.

Der Streik im Leipziger Großbuchbindereigewerbe beendet

WTB, Leipzig, 9. Oktober.
Die Wiederaufnahme der Arbeit bei der Firma Sieke & Co. erfolgte gestern reibungslos auf der Grundlage einer Abmachung zwischen dem Verband deutscher Buchbindereibesitzer und der Buchbindergewerkschaft, die die Auszahlung der gekürzten Lohnanteile unter Vorbehalt bis zur Entscheidung über die strittige Rechtslage vorsieht, darüber hinaus aber die Geschäftsleitung der Verpflichtung enthebt, den Betriebsvorsitzenden, der fristlos entlassen worden war, wieder einzustellen. Damit wurde im Gesamtgewerbe der Arbeitsfrieden erhalten. Die Vorbereitung des Schadensersatzprozesses ist im Gange.

Der Textilarbeiterstreik in Reichsbach in Schlesien wurde ergebnislos abgebrochen.

„Wilder“ Kohlenbergbau auch in Deutschland

CNB, Linden-Dalhausen (Westfalen) 10. Oktober.
Das unbefugte Kohlenbuddeln nimmt an der mittleren Ruhr, wo die meisten Zechen stillliegen, in den Kreisen der arbeitslosen Bergleute mehr und mehr zu. Im Baakerfeld sind ehemalige Bergleute dazu übergegangen, sich sozusagen ein eigenes Bergwerk mit einem Haspelbetrieb zuzulegen. Dieser Tage standen dort wieder mehrere hundert Zentner Kohlen in Säcken versandbereit. Bevor jedoch die Abfuhr erfolgen konnte, griff die Polizei ein und beschlagnahmte die ganze Förderung. Die so billig gewonnenen Kohlen wurden zum größten Teil dem Wohlfahrtsamt überwiesen.

Das bürgerliche Telegraphenbüro bringt diese von der furchtbaren Not und Drangsalierung der Bergarbeiter zeugende Meldung unter der dreckig-höhnischen Überschrift: „Bergbaueigen einer ‚privaten‘ Kohlengrube.“ Am gleichen Tage meldet die polnische

Mit Notzange und vier Pfeilen

Halberstadt, 9. Oktober.
CNB. Auf dem Reichsschwesertag des Jungdeutschen Ordens äußerte sich Arthur Mahraun programmativ über die Zukunftsaufgaben des Jungdeutschen Ordens. Es sei, so führte er aus, ein „großer Plan“ ausgearbeitet worden, mit dem Ziele der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Paracommunismus. Dieser „große Plan“ solle durch ein Symbol gekennzeichnet werden, durch die Notzange. (Wie unterscheidet sich zeichnerisch eine „Notzange“ von einer gewöhnlichen? Die Red.) Diese Zange solle andeuten, daß es dem Jungdeutschen Orden gelingen sei, die Nuß zu knacken, die andere nicht knacken konnten. (Seit wann knackt man Nüsse mit einer Notzange? Die Red.) Die vier Pfeile der Zange sollten folgende Punkte kennzeichnen: 1. Siedlungsplan auf eine Million Bauerstellen; 2. Beschäftigung von einer halben Million Arbeiter, Angestellter und Beamter nach Durchführung dieses Siedlungsplanes; 3. Unterbringung von 600.000 Mann in einem zweijährigen Volksdienst; 4. Lasten- und Steuerentlastung nach Unterbringung von etwa drei Millionen Arbeitsloser auf dem angegebenen Wege.

Zeitungsverbot

Berlin. Die Kommune, Zeitschrift für kommunistische Kommunalpolitik, ist bis zum 26. Januar 1933 verboten worden. Die Verbotgründe dürfen nicht veröffentlicht werden.

Geplatzter Wahlschwindel

Die Regierung Papen ist eifrig bemüht, für sich und die Deutschnationalen eine günstigere Wahlstimmung zu erzeugen, was angesichts der furchtbaren Auswirkungen der Papenschen Notverordnungen bestimmt nicht ganz leicht ist. Ende voriger Woche empfing der Reichsarbeitsminister einige deutschnationale Abgeordnete und erklärte ihnen die Regierung werde bemüht sein, „soziale Härten“ bei der Kürzung der Sozial- und Invalidenrenten rückgängig zu machen. Die Deutschnationalen machten daraus eine große Sensation in Form einer Ankündigung, daß die Sozial- und Invalidenrenten wieder erhöht werden sollten.

Das ist offenbar selbst der Regierung Papen zu toll, und sie ist daher heute gezwungen, durch das Conti-Nachrichten-Büro eine Meldung herauszugeben, in der gesagt wird, angesichts der Finanzlage des Reiches sei nicht daran zu denken, daß die Sozial- und Invalidenrenten erhöht werden könnten. Damit ist also der große Wahlschwindel der Partei Papen der Deutschnationalen, sehr schnell geplatzt.

Aber die Regierung kommt gleich mit einem neuen Versprechen. Sie erklärt nämlich in Wiederholung früherer ähnlicher Äußerungen, sie habe die Absicht, im Laufe des Winters die Arbeitslosenunterstützung entsprechend dem Rückgang der Arbeitslosigkeit wieder zu erhöhen. Man wird hoffentlich die Regierung nicht beleidigen, wenn man behauptet, daß auch diese Erklärung nichts anderes als ein Wahlköder ist, der den Deutschnationalen den Wahlkampf erleichtern soll. Kein Arbeitsloser wird die geringsten Erwartungen in die Erfüllung dieser Versprechungen setzen, sondern die Massen des werktätigen Volkes wissen, daß eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützungen wie überhaupt eine Ver-

besserung der sozialen Unterstütsungsstände nur möglich ist, wenn die Regierung Papen samt all ihren Hilfskräften durch die geschlossene und entschlossene außerparlamentarische Aktion der Arbeiterklasse zum Teufel gejagt wird.

Ist das Schleichers Marschroute?

In der Zeitschrift „Die Tat“ finden wir folgende Betrachtung:

„Diese Wahlen (am 6. 11.) sind bedeutungslos, sie werden kein Ergebnis haben. Trotzdem wird die Wahlbeteiligung voraussichtlich nicht sehr stark sinken, denn das Volk will wenigstens zeigen, daß es mit dem, was ihm geboten wird, nicht einverstanden ist. Wahrscheinlich werden NSDAP und Zentrum, die heute durch eine Koalition eine parlamentarische Mehrheit herstellen können, die 24 Stimmen dieser Mehrheit verlieren.“

Damit wird der Reichstag, der am 5. Dezember zusammentritt, überhaupt arbeitsunfähig sein. Er wird von neuem aufgelöst werden. Neuwahlen im Februar, vielleicht unter einem oktroyierten Wahlrecht und einer Reichs- und Verfassungsreform. Parlament im März. Mit oder ohne Erfolg ist völlig gleichgültig. Es geht ja nicht darum.“

Diese Ansichten sind deshalb bemerkenswert, weil es ein offenes Geheimnis ist, daß „Die Tat“ sehr enge Verbindung zum Reichswehrminister unterhält. Man muß danach annehmen, daß hiermit Schleichers politische Linie gekennzeichnet ist.

Faschistischer Strafvollzug

200 politische Gefangene in feuchten Kellern bei Brot und Wasser — seit dem 22. September im Hungerstreik

Wir berichteten bereits, daß in Italien 200 politische Gefangene im Hungerstreik stehen.

In der „Weltbühne“ schreibt nun Emil Unger ausführlicher über den faschistischen Strafvollzug in Italien. Der Schieber Gualino, der zu drei Jahren Deportation verurteilt war, durfte nach einem halben Jahre die Liparischen Inseln verlassen und ist inzwischen völlig begnadigt worden. Er erhielt von der Regierung sogar einen Paß und ist wieder nach Paris gefahren. Wie man dagegen mit den politischen Gefangenen verfährt, geht aus der folgenden Darstellung Ungers hervor:

„Den politischen Gefangenen geht es weniger gut. Da die oppositionelle Bewegung sich auch in den Gefängnissen bemerkbar machte, hatte Mussolini 200 besonders bekannte Gefangene ins Zuchthaus von Civitacchia bringen lassen. Das war unter dem Namen „Mastio“ schon zur Zeit berüchtigt, in der die „Tosca“ spielte. Dort sind sie jetzt jeder allein in einer unterirdischen feuchten und dunklen Zelle, ohne Lektüre, ohne Licht, bei Wasser und Brot.“

Um das Zuchthaus ist ein Cordon aus Milizsoldaten und Karabinierge gezogen, die aufpassen haben, daß die Hinrichtung der 200 ohne Zwischenfälle verläuft. Es ist eine Hinrichtung oder vielmehr ein Mord, denn wie lange können Menschen, die ohnedies zu 10, 20 oder 30 Jahren Zuchthaus verurteilt sind, eine derartige Behandlung ertragen? Es handelt sich dabei um Männer aus allen Berufen und allen antifaschistischen Par-

teien: Rechtsanwälte und Professoren, Arbeiter und Intellektuelle, Demokraten und Kommunisten, Sozialisten und Liberale. Der Kommunist Terrascini ist unter ihnen, die Sozialisten Secchia und Parodi, der Journalist Tulli, der ehemalige Abgeordnete Damen und auch Amendola, ein Sohn des im Exil an den Folgen eines faschistischen Ueberfalls verstorbenen Ministers. Der junge Mann wurde verhaftet, weil man bei ihm einen Brief Romain Rollands fand, in dem die italienischen Intellektuellen zur Teilnahme am Anti-Kriegskongress aufgefordert wurden. Um den gefürchteten Namen nicht in die Öffentlichkeit zu bringen, hat man Amendola nicht einmal den Prozeß gemacht, sondern ihn ohne Urteil eingesperrt.

Seit dem 22. September befinden sich die 200 in Civitacchia im Hungerstreik.“

Die 200 Todeskandidaten können nur durch eine internationale Protestaktion der Arbeiterschaft gerettet werden. Entfacht allorts eine Protestbewegung, diees Mussolini nicht gestattet, die 200 Antifaschisten in der Hölle von Civitacchia bis zum Tode zu martern!

SA auf dem Rückzug

Der „Nachtangriff“ gibt eine Anweisung des SA-Führers Berlin-Brandenburg Graf Helldorf wieder, wonach den SA-Angehörigen verboten wird, sich an deutschnationalen Versammlungen zu beteiligen. In dem Befehl heißt es: „Jede Beteiligung unsererseits macht höchstens Reklame, Klamauk, zieht Neugierige herbei, und Zahlung von Eintrittsgeldern stärkt den gegnerischen Wahlfonds.“

Eine lehrreiche Entwicklung Flasko der „roten“ Gewerkschaftsorganisationen

Die politische Entwicklung der letzten Wochen bis zu gegenwärtigen Situation zeigen mit unmissverständlicher Deutlichkeit, daß heute das Schwergewicht des Klassenkampfes nicht mehr auf dem Gebiet des außerparlamentarischen Kampfes der proletarischen Massenorganisationen, d. h. in erster Linie bei den Gewerkschaften liegt. Die fast komplizierte Hin- und Herbewegung der Lohnkämpfe und Abbaus aller Sozialunterstützungen in den letzten Jahren ermöglicht nicht nur die Weiterexistenz des bankrotten Kapitalismus, sondern ergab vor allem auch die Basis für die gewaltige Ausdehnung des Hitlerfaschismus.

Wie war das möglich? Kein Kenner der Gewerkschaftsbewegung war über die katastrophale Taktik der reformistischen Führung, über die Politik des Tolerierens und Ausweichens vor dem Kampf überrascht. Reformisten sind nun einmal keine Revolutionäre, von ihnen konnte man nicht die hier notwendige revolutionäre Politik und Taktik erwarten.

Warum aber haben sich das die Massen, die doch durch den Lohn- und Sozialabbau so heftig betroffen wurden, gefallen lassen, warum haben sie in ihren Organisationen nicht eine andere Taktik erzwungen? Die Erklärung dafür ist die Tatsache, daß die KPD seit 1928 durch ihre RGO eine Politik betrieb, die systematisch den größten Teil der oppositionell-revolutionären Elemente, die vor allem berufen waren, den Kampf innerhalb der Gewerkschaften zur Aenderung der Politik und Taktik zu führen, aus den Gewerkschaften herausmanövrierte.

Wie verheerend sich diese RGO-Politik nicht nur für die ganze Arbeiterklasse, sondern für die kommunistischen Arbeiter selbst auswirkte, das wird durch nachstehende Schilderung eines Bergarbeitergenossen aus dem Ruhrgebiet aufgezeigt.

Der „rote“ Bergarbeiterverband

Die Gründung selbständiger kommunistischer Gewerkschaftsverbände erfolgte bekanntlich zu dem Zweck, um den Reformismus in der deutschen Arbeiterbewegung auszu-rotten. „Es ist ganz klar, daß das nicht eine Aufgabe weniger Monate sein kann“, so argumentierten damals bei der Gründung dieser kommunistischen Gewerkschaftsorganisation die KPD-Strategen. „Zunächst müsse man einige Zeit haben, um diese selbständigen Verbände zu Massenorganisationen zu entwickeln.“ Heute, nach einer mehrjährigen Entwicklungsmöglichkeit, stellt sich nun heraus, daß die „Roten Gewerkschaftsverbände“ nie über ihren eigentlichen Anfangszustand hinausgekommen sind. Die KPD-Presse ist darum auch sichtlich bemüht, über die zahlenmäßige Mitgliederentwicklung sowie den finanziellen Stand ihrer eigenen Gewerkschaftsorganisationen der Öffentlichkeit kein klares Bild zu geben. Nicht einmal die Mitglieder dieser „Roten Verbände“ werden über diese Fragen genau informiert.

Unter allen selbständigen Gewerkschaftsorganisationen der KPD ist nun der „Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands“ (EVBD), der im Januar 1930 gegründet wurde, der relativ stärkste. Nach den Berichten der KPD-Presse waren auf den ersten Schlug bei der Gründung im Ruhrgebiet sofort 20 000 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Angeblich hatten ganze Zahlstellen des alten „Bergbauindustriearbeiter-Verbandes“ (BAV) ihren Uebertritt erklärt. Wollte man den optimistischen Berichten der kommunistischen Presse Glauben schenken, dann war die zahlenmäßige Ueberflügelung des alten BAV und damit auch die Zurückdrängung des Einflusses der Reformisten nur eine Sache von ein bis zwei Jahren. Inzwischen sind jedoch zwei Jahre vergangen. Heute liegen die Ergebnisse einer zweijährigen Entwicklung vor, die die hochtrabenden Prophezeiungen der KPD-Presse Lügen strafte.

„Die Bergbauindustrie“, das Verbandsorgan des EVBD ist nämlich in der Lage, aus dem Geschäftsbericht des „roten“ EVBD (Bezirk Ruhrgebiet) einiges wichtiges Zahlenmaterial zu veröffentlichen. Es heißt dort: „Die Beitragseinnahmen für die letzten 15 Monate betragen 128 504,80 Mark. Davon sollen über 15 000 Mark für Miete (I), über 9000 Mark für Gehälter, 4800 Mark für allgemeine Verwaltungszwecke und über 2000 Mark für Porto ausgegeben worden sein. Für Unterstützungszwecke wurden sage und schreibe 800 Mark ausgegeben! Einer Einnahme von rund 130 000 Mark steht danach nur eine Ausgabe von rund 30 000 Mark gegenüber! Wo sind die anderen Gelder geblieben? Das wollten auch die kommunistischen Delegierten wissen. Daraufhin wurde ihnen gesagt, der EVBD sei kein bürgerlicher Verein (I) wie der Bergarbeiterverband und außerdem müsse man es ablehnen, den gegnerischen Gewerkschaften wichtiges Material in die Hände zu spielen.“

Im Anfang dieses Jahres, so sagt der Bericht weiter, waren noch 6000 zahlende Mitglieder vorhanden.

Die Bezirksleitung der KPD hat jetzt auf diese Enthüllungen geantwortet. Die Antwort ist jedoch eine indirekte Bestätigung der erhobenen Anschuldigungen. Statt den angeblich „lügenhaften Angaben“ die wirklichen Tatsachen gegenüberzustellen, heißt es in dieser breiten Erklärung: „Die angestellten Untersuchungen ergaben, daß die Stenotypistin Elli Westphal, die auf dem Verbandstag anwesend war, die dort gemachten Ausführungen ohne Auftrag mit stenographierter, dabei allerdings viele Angaben durcheinander brachte.“ Diese Stenotypistin hat dann die Mitteilungen dem BAV übergeben. Der übrige Teil der langen Schimpfkanonade, der sich in der Hauptsache gegen eine Reihe ausgesessener KPD-Mitglieder richtet, interessiert uns nicht. Uns kümmert auch weniger das ganze Drum und Dran dieser Affäre. Es mag auch dahingestellt bleiben, ob die Art und Weise, wie sich der

Es rumort in der SPD sozialdemokratische Kandidatenaufstellung

Der Berliner Bezirkspartitag der SPD beschäftigte sich am Sonnabend mit der Kandidatenaufstellung für den Reichstag. In der Diskussion zu dem einleitenden Referat Aufhäuser wurde scharfe Kritik an der Linie der SPD geübt. Selbst der „Vorwärts“ muß folgendes berichten: „... erklärte Brendel, es sei unsere dringende Aufgabe, den Massen ein sichtbares Zeichen der Umwandlungen des politischen Willens der Partei zu geben. An die Delegierten richtete der Redner die Aufforderung, von der Kandidatenliste alle die zu streichen, die die Politik des Parteivorstandes auf Gedeih und Verderb verteidigten und förderten. Mit alten Führern könne man keine neue Politik machen.“ Ein weiterer Diskussionsredner, Johansson, erklärte: „Die gegenwärtige Lage des Proletariats erfordert den Kampf mit neuen Ideen. Die Periode des Umbaus des Kapitalismus durch den Sozialismus ist vorüber. Jetzt wird sich entscheiden, ob die Arbeiterschaft revolutionär ist oder nicht.“ Ein dritter Diskussionsredner, Lahn, betonte die Notwendigkeit, das Schwergewicht des politischen Kampfes in die Betriebe zu verlegen, nachdem die Parlamente ausgeschaltet sind. Die Reichstagsfraktion und der Parteivorstand haben nicht früh genug gegen die Politik aufmerksam gemacht, die zum 20. Juli führte.“ Milkowski warnte vor einer Fortsetzung der Politik des kleineren Übels.“

All dies muß, wie gesagt, der „Vorwärts“ berichten, und man kann sich danach leicht vorstellen, daß es auf dieser Konferenz ziemlich lebhaft zugegangen ist. Wäre nicht der übliche Schlußantrag angenommen worden, so wäre vielleicht noch manches kritische Wort aus dem Munde sozialdemokratischer Funktionäre gesprochen worden.

Bei der Kandidatenaufstellung wurden dann trotzdem die alten „bewährten“ Führer wieder nominiert: Crispian, Aufhäuser, Clara Bohm-Schuch, Litke, Künstler, Loewenstein, Kurt Heinig usw. werden wieder das politische Gesicht der SPD repräsentieren. Vorsichtigerweise schreibt der „Vorwärts“ kein Wort darüber, mit welchem Stimmenverhältnis diese Liste angenommen wurde.

Zu einer aufsehenerregenden Aenderung auf der sozialdemokratischen Liste kam es in Hamburg. Dort wurde der Gewerkschaftsführer Peter Graßmann, der seit vielen Jahren Hamburger Spitzenkandidat war, nicht wieder aufgestellt. An seine Stelle trat Dr. Staudinger, der bis vor kurzem Staatssekretär im Preussischen Handelsministerium war. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat es also auch im Bezirk Hamburg eine Rebellion gegeben, wobei man natürlich feststellen muß, daß mit solchen Personenänderungen nichts getan ist. Graßmann wird im übrigen sicher auf der Reichsliste der SPD untergebracht werden.

„Die SPD geht ihren geraden Weg weiter“

Mainz, 9. Oktober.

CNB. Die Eisenerne Front veranstaltete heute in der Stadthalle eine Wahlkundgebung mit Grzesinski als Redner.

Grzesinski führte u. a. aus: Voraussetzung für ein geordnetes Wirtschaftsleben, für Arbeit und Verdienstmöglichkeit seien Ruhe, Ordnung und Frieden im Innern und Stabilität der verfassungsmäßig und staatsrechtlichen Verhältnisse. Die Sozialdemokratie verlasse den Boden des Gesetzes nicht; sie werde ihren geraden Weg weiter beschreiten. Das deutsche Volk könne nur ersprießlich regiert werden, wenn alle seine Teile an der Regierung beteiligt seien.

Die SPD schließt aus Wieder ein Bürgermeister über Bord

Solingen, 10. Oktober.

CNB. Die SPD Solingen hat mit großer Mehrheit den Ausschuß des Solinger Bürgermeisters Brisch aus der Partei beschlossen. Bereits seit langem bestand eine Spannung zwischen dem Bürgermeister und der SPD. Brisch hat gegen den Ausschuß Protest erhoben, so daß sich höhere Parteinstanzen noch damit beschäftigen werden.

Gemeindewahlen in Belgien Sozialdemokraten und Liberale gewinnen

Brüssel, 9. Oktober.

CNB. In ganz Belgien fanden heute Gemeindewahlen statt, die nach hiesigem Gesetz alle sechs Jahre vorgenommen werden müssen. Im Gegensatz zu den Wahlen für Kammer und Senat haben die Frauen zu den Gemeindewahlen allgemeines Stimmrecht vom 21. Lebensjahre an. Somit sind heute 5 168 399 belgische Staatsangehörige zur Abstimmung berufen. Zu bemerken ist, daß in Belgien Wahlpflicht besteht. Belgien umfaßt 2671 Gemeinden. In 280 von ihnen ist nur ein einziger Wahlvorschlag eingereicht, sodas dessen Kandidaten als gewählt gelten.

In zehn Gemeinden hat sich keine Gruppe bereitgefunden, irgendwelche Wahlvorschläge einzureichen, sodas dort einstellten die alten Gemeinderäte ihr Amt weiter ausüben.

Brüssel, 9. Oktober.

WTB. Die Gemeindewahlen sind voll kommen ruhig verlaufen. Nach den bis 8 Uhr abends vorliegenden Ergebnissen hat die sozialistische Partei in etwa 20 Gemeinden die absolute Mehrheit erreicht, wogegen sie in nur einer Gemeinde ihre Mehrheit verloren hat. Die sozialistischen Wahlerfolge sind vor allem in landwirtschaftlichen Gegenden und in Limburg zu verzeichnen. Die aus den großen Städten vorliegenden Wahlergebnisse sind gleichfalls für die Sozialisten günstig. Die Kommunisten haben — abgesehen von Verviers — nirgends nennenswerten Fortschritt erzielt.

Brüssel, 9. Oktober.

WTB. Bis zur Stunde, 23.30 Uhr, liegen die Ergebnisse der Gemeindewahlen aus

einem Drittel aller Gemeinden vor. Die Kommunisten und die flämischen Nationalisten, denen man günstige Voraussagen gestellt hatte, sehen nach den bisherigen Ergebnissen ihre Erwartungen nicht nur nicht erfüllt, sondern sie hingen zum Teil nicht unerheblich zurück. Neben den Sozialisten konnten die Liberalen verschiedentlich ihren Bestand wesentlich verbessern. Eine einwandfreie Bewertung der Wahlen wird erst nach Vorliegen des vollen amtlichen Ergebnisses möglich sein.

Titulescu rumänischer Außenminister

Bukarest, 9. Oktober.

WTB. Ministerpräsident Vajda empfing heute abend die Vertreter der Presse und teilte ihnen mit, er habe von Titulescu heute ein Telegramm erhalten, wonach Titulescu das ihm angebotene Portefeuille des Auswärtigen annimmt. Der Ministerpräsident fügte hinzu, die Uebernahme des Portefeuilles des Auswärtigen durch Titulescu bedeute keine Richtungsänderung in der auswärtigen Politik Rumäniens.

Mexiko macht ganze Arbeit

Das Parlament des mexikanischen Staates Veracruz nahm eine Vorlage an, die alle katholischen Priester ihres Bürgerrechtes für verlustig erklärt und der Regierung Vollmachten gibt, unverzüglich alle Güter der Kirche zu säkularisieren (zu verstaatlichen).

BAV in Besitz des veröffentlichten Materials brachte, empfehlenswert ist. Für uns spielt in erster Linie die Mitgliederzahl des kommunistischen EVBD eine Rolle, deren Richtigkeit in der Antwort des kommunistischen „Ruhr-echos“ nicht bestritten wird.

Was lehrt diese Mitgliederentwicklung?

Der „rote“ EVBD hatte nach seinen eigenen Angaben im Anfang 1930 20 000 Mitglieder. Heute hat er 6000 Mitglieder. Daraus geht ganz eindeutig hervor, daß der kommunistische Einfluß auf die gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter seit der Gründung des „roten“ Bergarbeiterverbandes fast vollständig eingebüßt worden ist. Wir können das selbst an Hand der kommunistischen Presse nachweisen. Im Jahre 1928, als die KPD im alten Bergarbeiterverband noch eine planmäßige Fraktionsarbeit leistete, hatte sie einen nicht unbedeutenden Einfluß. Am Ende des Jahres 1928 fanden in allen Zahlstellen des alten

Bergarbeiterverbandes die Neuwahlen der Leitungen statt. Ueber das Ergebnis dieser Neuwahlen berichtet das kommunistische „Ruhr-echo“ vom 31. Januar 1929 folgendes: „Es wurden von der Opposition bei den diesjährigen Ortsverwaltungswahlen 9 Zahlstellen erobert. Außerdem kommen hinzu 27 Zahlstellen, die schon ein Jahr und noch länger in der Opposition geführt werden... Außer den 36 Zahlstellen kommen noch ungefähr 100 Zahlstellen hinzu, in denen die Opposition bis zu 45 Prozent ihres Einflusses ausübt. Rechnet man also auch diese Zahlstellen mit, so umfassen diese 136 Zahlstellen insgesamt einen Mitgliederbestand von 30 000, der unter dem Einfluß der Opposition steht.“

Im Jahre 1929 zählte der BAV im Ruhrgebiet 378 Zahlstellen mit 60 000 Mitgliedern. Von diesen Zahlstellen beherrschte die Opposition — immer nach dem kommunistischen „Ruhr-echo“ — 136 Zahlstellen mit 30 000 Mitgliedern, denn, so sagte das „Ruhr-echo“, „die ungeheure Zahl der Zahlstellen, die von den Reformisten beherrscht werden“, sind „ganz

Staatsverklittung

In Nr. 41/1932 der Wochenzeitung „Das Reichsbanner“ vom 8. 10. 1932 steht ein Leitartikel von Karl Höllermann; man muß sich den Erscheinungstag des Blattes erst dreimal durchlesen, um zu glauben, daß dieser Artikel wirklich nach dem 20. Juli geschrieben wurde. Höllermann schreibt wörtlich:

„Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das ist die Funktion unseres Bundes, ist die Naht, die Arbeiterschaft und Staat verbindet. Wer an dieser Naht herumfingert, darf sich nicht wundern, wenn er Löcher reißt. Nahten werden nicht besser, wenn sie immer und immer wieder geflickt und zusammengezogen werden müssen.“

Die Herren Papen, Gahl und Bracht sind nicht der Staat...“

Wir sind dem Staat so verklittet, daß keine Regierung uns ohne schwerste Erschütterungen vom Staat zu trennen vermöge. Das Blut, das die deutschen Arbeiter im Weltkrieg vergossen haben, ist dicker als die Tinte von Ernennungs-urkunden...“

...die staatspolitische Leistung unseres Bundes in diesem Jahre 1932 wird die Geschichte um einiges höher zu schätzen wissen als den staatsmännischen Einfall, ausgerechnet die zu Hindenburgs Geburtstag fällige Nummer unserer Bundeszeitung zu verbieten...“

Auf Seite 318 derselben Nummer findet sich der von tiefer marxistischer Schulung zeugende Satz:

„Gerechtigkeit ist die Grundlage des Staates.“

Mit diesen Sätzen in der Hand müssen unsere Genossen an die Reichsbannerkamaraden und SPD-Genossen herangehen und sie fragen, ob auch sie sich diesem Staat verklittet fühlen und ob auch sie die Hindenburg-Geburtstagsnummer so sehr vermisst haben wie Höllermann. Die Proleten, die sich vor Sondergerichten ihre Erfahrungen geholt haben, werden kaum die Gerechtigkeit als die Grundlage dieses Staates ansehen, und sie werden sich dafür bedanken, als staatsverbindende Naht zu dienen; ihre Verklittung mit diesem Subventionsstaat besteht bestenfalls in ihrer Hungerunterstützung.

Wieder eine interessante Kommunalwahl

Gerdauen, 9. Oktober.

WTB. Bei den heute hier abgehaltenen Stadtverordnetenwahlen blieb die Wahlbeteiligung mit 64 Prozent weit hinter der der letzten Reichstagswahl (94 Prozent) zurück. Bei der letzten Landtagswahl hatten 88 Prozent und bei der Stadtverordnetenwahl im Jahre 1929 78 Prozent der Wählerschaft ihre Stimme abgegeben. Bei der heutigen Wahl entfielen auf NSDAP 483 Stimmen (bei der letzten Reichstagswahl 1074, bei der letzten Landtagswahl 990 und bei der Stadtverordnetenwahl im Jahre 1929 126 Stimmen), SPD 593 (gegen 898 bzw. 1041 bzw. 1011), Bürgerliche Einheitspartei (umfassend Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei) 462 (gegen 213 bzw. 260 bzw. 944), KPD 170 (gegen 217 bzw. 107 bzw. 0), Christlich-Soziale 151 (gegen 101 bzw. 116 bzw. 0). — An Mandaten erhalten NSDAP 4 (bisher auf Grund der Wahl von 1929 1), SPD 6 (8), Bürgerliche Einheitsliste 4 (7), KPD 1 (0), Christlich-Soziale 1 (0).

KPD-Funktionär verhaftet

Rostock, 8. Oktober.

CNB. Der Bezirksleiter der Kommunistischen Partei Mecklenburg, Arthur Vogt, wurde, wie die kommunistische „Volkswacht“ mitteilt, am gestrigen Freitag in Rostock auf der Straße von zwei Kriminalbeamten festgenommen. Ueber den Grund der Verhaftung ist noch nichts bekannt.

Kleine Nachrichten

Belgrad, 8. Oktober.

Nach einer Meldung aus Agram sind dort acht Personen wegen Verbreitung revolutionärer Druckschriften verhaftet worden, ferner der Rechtsanwalt Iwan Pernow, der ihnen die Schriften übergeben hatte.

La Paz, 8. Oktober.

Die Regierung Boliviens hat bekanntgegeben, daß sie fünf Jahre lang besondere Kriegssteuern erheben werde, um den Feldzug im Chaco-Gebiet gegen Paraguay fortsetzen zu können.

untergeordnete Zahlstellen, die im politischen Kampf sehr wenig Bedeutung haben.“

Wir haben keinen Grund, die Angaben der kommunistischen Presse aus dem Jahre 1929 zu bezweifeln. Der Einfluß der Kommunisten unter den gewerkschaftlich organisierten Bergarbeitern war nach der Ueberführung der „Union der Hand- und Kopfarbeiter“ wirklich sehr wesentlich. Mit diesem Einfluß aber vergleiche man heute einmal die klägliche Zahl der 6000 Mitglieder des kommunistischen „Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands“. Jeder wird nun auch verstehen, warum die RGO-Bergarbeiterstreiks im Januar 1931, wie 1932 so geringe Beteiligung (zuletzt nur 3 Prozent der Gesamtbelegschaft) fanden und so jämmerlich zusammenbrachen. Dieser Vergleich sollte eigentlich genügen, jeden aufrechten Revolutionär davon zu überzeugen, daß mit der Gründung selbständiger „revolutionärer“ Gewerkschaftsorganisationen der Sache der Revolution der schlechteste Dienst erwiesen ist.

Ein Bergarbeiter.

500 Prozent Bürgersteuer in Breslau!

Magistrat weicht dem Druck der Regierung — Veränderung der Einkommensgrenze — Der Ankurbelungsschwindel bricht zusammen

Der Magistrat Breslau hat beschlossen, die Bürgersteuer auf 500 Prozent zu erhöhen. Wie Oberbürgermeister Dr. Wagner in einer Pressebesprechung am Sonnabend mitteilte, hat man dabei unter dem Druck der Reichsregierung gehandelt, die die weitere Gewährung der Wohlfahrtsbeiträge für die Gemeinden von diesem Beschluss abhängig machte. Der Beschluss wurde sogar bis zum 5. Oktober gefordert, obwohl die diesbezügliche Verfügung erst am 3. Oktober eintraf, so daß die unabweisbar ablehnende Stellungnahme der erst am 20. Oktober wieder zusammentretenden Stadtverordnetenversammlung gar nicht abgewartet und das Stadtparlament nur vor vollendete Tatsachen gestellt wurde.

Die Freitagsitzung des Magistrats, die diesen Punkt behandelte, hat jedoch bereits zu ersten und langen Auseinandersetzungen innerhalb des Magistrats geführt, und in der Tat ist diese Erhöhung eine Ungeheuerlichkeit, die in keiner Weise mehr verantwortet werden kann. Die Bürgersteuer ist eine Steuer, die besonders die arbeitende Bevölkerung trifft. In Breslau wird die Steuer allein 280.000 Arbeitnehmern auf der Steuerkarte abgezogen. Und so kann man nur die Auffassung des Teiles des Magistrats vertreten, der jene Mehrbelastung der besonders verarmten Breslauer Bevölkerung für untragbar erklärte, zumal die Gesamtbelastung infolge der unverhältnismäßig hohen Grundvermögenssteuer in Breslau eine viel, viel höhere ist als anderswo. Wenn trotzdem der Beschluss zustandekam, weil sonst die Aufsichtsbehörde eingegriffen und die Erhöhung diktatorisch verhängt hätte, so erwächst dem Magistrat erst recht ein schwerer Vorwurf daraus, daß er der Aufsichtsbehörde dieses Eingreifen ersparte und sich selbst vor aller Augen mit der empörenden Steuererhöhung belastete.

Im übrigen versucht man die Zahlung der erhöhten Bürgersteuer durch die Einführung vermehrter Monatsraten schmuckhaft zu machen und dabei sogar den Eindruck eines besonderen Entgegenkommens der Regierungstellen zu erwecken. So soll ein Verheirateter künftighin bei einem Jahreseinkommen von 4500 Mark nicht mehr wie bisher 22,50 Mark, sondern 30 Mark im Jahre, aber in 12 Raten à 2,50 Mark, Bürgersteuer geben. Ledige mit dem gleichen Einkommen, die bisher 15 Mark Bürgersteuer im Jahre in 5 Raten à 3 Mark zahlten, haben jetzt 30 Mark in 12 Raten à 2,50 Mark zu entrichten. Der Steuerumsatz erhöht sich bei einem Einkommen von 6000 und 8000 Mark im Jahre von 45 auf 60 Mark, bei Ledigen von 30 auf 60 Mark, zahlbar in 12 Raten à 5 Mark, gegenüber früher 5 Raten zu je 9 und 6 Mark. Die erhöhte Bürgersteuer wird vom 1. Januar 1933 ab erhoben.

Auf die mit demselben Datum wirksam werdende Veränderung der Einkommensgrenze ist in der „SAZ“ vom 7. Oktober schon hingewiesen worden. So wird die Steuerfreigrenze nicht mehr allgemein 500 Mark betragen, sondern jeder bürgersteuerfrei sein, dessen Einkommen unter dem Betrag liegt, den er auf Grund seines Familienstandes nach den Richtsätzen der öffentlichen Fürsorge erhalten würde. Erhält ein Ehepaar ohne Kind beispielsweise nach den letzten Breslauer Richtsätzen eine Unterstützung von 54 Mark monatlich oder 648 Mark jährlich, so würde es also in Zukunft von der Bürgersteuer befreit sein, wenn sein Einkommen unter dieser Summe läge. Ebenso würde ein Ehepaar mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von 800 Mark jetzt bürgersteuerfrei sein, da der monatliche Unterstützungssatz für diese Familie 84 Mark oder im Jahre 1008 Mark beträgt. Daß der Ehefrauenzuschlag zur Bürgersteuer, der bisher in Höhe von 50 vom Hundert erhoben wurde, in Zukunft wegfällt, ist früher ebenfalls schon gesagt worden.

Der Steuerdezernent des Magistrats der Stadt Breslau wies ferner in der Pressebesprechung noch auf die besonderen örtlichen Schwierigkeiten und auf die Schwierigkeiten hin, die die Erhebung der Bürgersteuer infolge ihrer Abhängigkeit in der Frage der Fälligkeit und der Erhebungsform von den Finanzämtern verursacht. Durch die neuen Bestimmungen über die Erhebung der Bürgersteuer und durch den Fortfall des Ehefrauenzuschlags verringerte sich der bisherige Ertrag der Bürgersteuer trotz der Erhöhung auf 500

Prozent von 3 Millionen auf 1.500.000 Mark. Der Gesamtertrag aus der Bürgersteuer dürfte nach den Ausführungen des städtischen Steuerdezernenten trotz der Erhöhung also die Gesamtsumme von zwei Millionen Mark kaum überschreiten. Interessant war in diesem Zusammenhang die ergänzende Mitteilung des Bürgermeisters Mache, wonach in Breslau von einer Entspannung der Wirtschaftslage und gar von einer Entlastung der Gemeinde nicht die Rede sein könne.

Die Zahl der Wohlfahrtsverwahrlosten habe sogar in der letzten Zeit eine weitere

Steigerung erfahren. Damit dürfte der Ankurbelungsschwindel der Papen-Regierung auch in Breslau zusammengebrochen sein. Gegen die brutale Mehrbelastung der arbeitenden Bevölkerung durch dieses neue Steuergeschenk hilft freilich kein loerer Protest mehr, sondern allein der Zusammenschluß aller Arbeiterorganisationen zur gemeinsamen außerparlamentarischen Aktion gegen diese Regierung und dieses Gesellschaftssystem für ein freies, sozialistisches Räte-Deutschland!

Arbeitermutter! Arbeitervater!

Morgen am 11. 10., beginnt in allen Breslauer Volksschulen der Unterricht des Winterhalbjahres.

Morgen ist für das nächste Halbjahr die letzte Gelegenheit, Kinder aus den Konfessionsschulen in die weltlichen Sammelschulen umzumelden.

Morgen müssen Hunderte von Proletarierkindern neu in die Sammelschulen strömen.

Auch dein Kind, Genosse, muß dabei sein! Die Soz. Arbeiter-Partei verlangt es von Dir!

Weil man „nicht mit reinem Gewissen flüchtet“

sagt Staatsanwalt — Bereitschaftsgerichts-Prozeß

Am Sonnabend, den 8. Oktober, fand ein neuer politischer Prozeß vor dem Breslauer Bereitschaftsgericht statt. Zu verantwortlichen hatten sich acht Angeklagte, sechs Reichsbannerkameraden und zwei Nationalsozialisten. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Am 31. Januar d. J. veranstalteten die Nationalsozialisten einen „Deutschen Tag“ in Meleschwitz, wozu sie wie bei allen derartigen Veranstaltungen auch Verstärkung von auswärtig heranziehen. Ein Trupp Breslauer Nazis, der aus diesem Grunde zu Rade nach Meleschwitz gekommen war, begrüßte die dortigen Einwohner mit „Heil Hitler“-Rufen und fielen sofort über die Leute her, da sie den Gruß nicht erwiderten. Gleichzeitig wurde aus dem Versammlungsort, in dem die nationalsozialistische Veranstaltung stattfand, die SA mit dem Rufe „SA heraus!“ herbeigeholt, während aus einem anderen Lokal der Reichsbannerkamerad Josef Scholz mit einigen Bekannten heraustrat. Josef Scholz, der gerade Billard spielte, hatte dabei den Billardstock noch in der Hand und soll mit ihm einen Nazi niedergeschlagen haben. Die drei verfolgten Reichsbannerkameraden flüchteten in einen Hof, wobei die angeklagten Nazi Kappe und Pfeiffer ihre Parteigenossen mit dem Rufe „Holt sie heraus!“ zur Verfolgung der Flüchtlinge aufhetzten.

Die Zeugenaufnahme ergab das übliche Bild bei politischen Prozessen. Die Aussagen der nationalsozialistischen Zeugen standen denen der anderen gegenüber. Auffallenderweise begannen sich einige der Nationalsozialisten gegen die nachträgliche Vereidigung heftig zu wehren, wobei auch ein Nazizeuge unter dem heftigen Protest des Vertheidigers vereidigt wurde, den andere Zeugen der Mittäterschaft nachdrücklich beschuldigt hatten. Die Nationalsozialisten gebrauchten bei ihrem Ueberfall Fahrrad-schlösser, Luftpumpen und sogar Dolche als Waffen.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den Reichsbannerkameraden Scholz eine Strafe von 3 Monaten Gefängnis und gegen die übrigen Reichsbannerkameraden Geldstrafen in Höhe von 30 bis 60 Mark, gegen die beiden Nazis wegen Aufreizung zum Aufruhr je einen Monat Gefängnis. Die flüchtigen Reichsbannerkameraden hiell er der Mittäterschaft schuldig, weil man „nicht mit reinem Gewissen“ flüchtet. Hoffentlich passiert dem Staatsanwalt nicht einmal das gleiche Mißgeschick, überfallen und dann mit einem Strafantrag bedacht zu werden, weil er nicht mit „reinem Gewissen“ stehen blieb. Das Gericht verurteilte den Reichsbannerkameraden Scholz zu 3 Monaten Gefängnis und sprach die anderen Angeklagten frei.

„Hände hoch“!

Überfall auf eine Kolonialwarengroßhandlung — Der Besitzer in seinem Kontor erschossen

Brieg, 9. Oktober.

Am gestrigen Sonnabend wurde in Löwen ein Überfall auf die Kolonialwarengroßhandlung des Kaufmanns Adolf Ludwig verübt. Drei Männer, die sich die Gesichter mit Ruß geschwärzt hatten, drangen gegen 19 Uhr in das Geschäft ein, während ein vierter auf der Straße Schmiere stand. Einer der Täter hielt das Ladenpersonal mit zwei Pistolen in Schach, während zwei der Räuber in das hinter dem Laden liegende Kontor drangen, in dem außer Ludwig und dessen Frau etwa sechs Personen arbeiteten, und mit erhobener Schußwaffe riefen: „Hände hoch!“ Als Ludwig den Eindringlingen entgegenzutreten wollte, wurde er niedergeschossen. Er ist durch vier Schüsse getötet worden. Auch auf Frau Ludwig schossen die Räuber, ohne jedoch zu treffen. Als der im Laden zurückgebliebene Komplize die Schüsse im Kontor hörte, schoß auch er durch ein Zwischenfenster in das Kontor; wahrscheinlich hat er dabei einen der Täter verwundet. Die Räuber flüchteten dann,

ohne ihr Vorhaben — offensichtlich hatten sie es auf den Kassenschrank abgesehen, nachdem sie die Registrierkasse im Laden unbeachtet ließen — ausgeführt zu haben. Auf der Flucht gaben sie auf ihre Verfolger Schüsse ab. Sie entkamen schließlich unerkannt; die sofort eingeleiteten Ermittlungen der Polizei waren bisher ergebnislos. Die Breslauer Mordkommission hat sich nach Löwen begeben. — Man nimmt an, daß die Täter nach Oberschlesien geflüchtet sind.

Im Kraftwagen erschossen

Grünberg, 9. Oktober.

Der Autodroschenbesitzer Paul Sarnowski aus Neusalz wurde am Sonnabend abend auf der Straße Grünberg-Krossen in seinem Kraftwagen erschossen und ausgeraubt. Er war in Neusalz kurz nach 21 Uhr abgefahren, um zwei Fahrgäste nach Krossen zu bringen. Unterwegs ist er wahrscheinlich von diesen durch einen Schuß schwer ver-

letzt worden. Das Auto wurde gegen 22 Uhr von einem Motorradfahrer aufgefunden, der sofort die Polizei benachrichtigte. Der Polizeiarzt konnte bei seinem Eintreffen nur noch den inzwischen eingetretenen Tod Sarnowskis feststellen.

Das Auto war gegen einen Baum gefahren, so daß man bei der Auffindung zunächst einen Unfall annahm. Im Wagen fand man aber Patronenhülsen Kaliber 6,35. Bei dem Verletzten wurde zunächst ein Schädelsbasis- und Unterkieferbruch festgestellt, außerdem aber auch eine Verletzung am Hinterkopf, die man zuerst für eine Glassplitterwunde hielt, die sich aber dann als Schußverletzung herausstellte.

Sarnowski ist der Sohn eines Fleischermeisters in Deutsch-Wartenberg. Er war seit sieben Jahren Kraftfahrer, seit zwei Jahren selbständiger Fuhrwerksbesitzer. Er stand kurz vor seiner Verheiratung.

Raubüberfall

Breslau, 9. Oktober.

In ein Vorkostgeschäft in der Hohenzollernstraße drang gestern Vormittag ein Mann, schloß die Tür hinter sich ab und verlangte von der allein anwesenden Besitzerin die Herausgabe der Kasse. Als die Frau um Hilfe rief, flüchtete er. Als Täter wurde der 25jährige Eishändler Erich W. aus Breslau ermittelt und festgenommen. Er ist anscheinend Epileptiker und wurde nach seiner Vernehmung wieder entlassen.

Auch die Zweite vergiftet? Zum Giftmord in Klein-Partwitz

Hoyerswerda, 9. Oktober.

Die Untersuchung der am 3. Oktober d. J. exhumierten Leiche der zweiten Ehefrau des Klein-Partwitzer Giftmörders Eduard Just durch das Institut für gerichtliche Medizin in Berlin hat das Vorhandensein von Arsen ergeben. Es besteht somit der dringende Verdacht, daß Just auch seine zweite Frau, mit der er angeblich in glücklicher Ehe gelebt hat, gleichfalls vergiftet hat. Die von der Breslauer Mordkommission in dieser Richtung bereits aufgenommenen Ermittlungen haben schon jetzt zu einer starken Belastung des Just geführt. Er hatte seine zweite Frau dreimal versichert, und die bisher festgestellten Begleitumstände bei ihrem Tode haben den Verdacht, daß er an ihr gleichfalls ein Verbrechen begangen hat, weiter begründet.

Zum Reichenbacher Sprengstoff-Attentat

Waldenburg, 9. Oktober.

Am 9. August wurde in Reichenbach ein Sprengstoff-Attentat gegen den Redakteur Peschke des „Proletarier des Eulengebirges“ verübt, der jedoch mißlang, weil der Sprengstoff in der Hand des Attentäters, eines SA-Mannes, explodierte und diesen tödlich verletzte. Es wurde damals festgestellt, daß sich in der Nähe des Tatortes als Rückendeckung des Attentäters ein Kraftwagen aufhielt, der sofort in scharfem Tempo davonfuhr, als das Attentat nicht geglückt war. Der Waldenburger Kriminalpolizei ist es nun gelungen, den Kraftwagen in dem sogenannten Feuerwehrdepot des Fürstensteiner Marstalls zu entdecken. Der Wagen hatte dort bereits neun Wochen gestanden und wurde, als die Kriminalpolizei zugriff, als herrenlos bezeichnet. Zwei Personen wurden festgenommen, die während des Attentats in Reichenbach Insassen des Kraftwagens waren. Die Ermittlungen der Polizei dauern noch an.

404 Verkehrsunfälle Neun Tote

Breslau, 9. Oktober.

Im September 1932 wurden im Stadtgebiete Breslau 404 Verkehrsunfälle zur Anzeige gebracht. Infolge des im ganzen Monat herrschenden schönen Wetters war der Straßenverkehr sehr reg und hieraus erklärt sich auch die hohe Zahl der Verkehrsunfälle, die die Zahl in den gleichen Monaten der beiden vorhergehenden Jahre noch überstiegen hat. Bei diesen Unfällen wurden neun Personen getötet. Verletzt wurden 247 Personen, darunter 98 Personen so schwer, daß die sofortige Ueberführung in ein Krankenhaus veranlaßt werden mußte.

27 Diebstähle aufgeklärt

In den letzten Monaten häuften sich in fast allen Stadtteilen Paketdiebstähle von Wagen und Fahrrädern, ohne daß Anhaltspunkte für die Täter gegeben waren. Die Kriminalpolizei hat jetzt nach längeren und schwierigen Ermittlungen bei einem Fahrradschlosser in der Brüderstraße ein Hehlernest entdeckt. Es wurden dort für etwa 1000 RM. Waren wie Schuhe, Stoffe, Wäsche, Wolle, Tabak, Radioapparate u. a. m. vorgefunden. Als Täter wurden der 34jährige Buchhalter Heinrich Sch. und ein 36jähriger Arbeiter ermittelt. Es wurden ihnen bisher 27 Diebstähle, und zwar ein Einbruchsdiebstahl und 26 Paketdiebstähle nachgewiesen.

Tödlicher Verkehrsunfall

Auf der Trebnitzer Straße wurde der 18jährige Handlungsgehilfe Herbert Morcinsky, als er mit seinem Fahrrad die Straße überquerte, von einem Motorradfahrer angefahren und zu Fall gebracht. Er erlitt einen Schädelbruch und ist im Krankenhaus an den Folgen dieser Verletzung gestorben.

Stadteil Zimpel-Bischofswalde. Heute 20 Uhr bei Wittke: Beginn des Enderle-Kurses über das „Kommunistische Manifest“. — In dieser Woche finden Gruppenbesprechungen statt, an denen jedes einzelne Parteimitglied teilzunehmen hat, weil sehr wichtige Organisationsangelegenheiten zu besprechen sind. Fehlen muß entschuldigt werden.

„Mussolini im Herzen seines Volkes“

Die Einnachrichten des Mitteldeutschen Rundfunks, Leipzig, die an die Redaktionen der Tageszeitungen geschickt werden, bringen in ihrer letzten Nummer folgende Notiz:

„Wer Italien aus früheren Zeiten kennt und jetzt wieder besucht, steht vor einem Wunder. Ordnung, Disziplin, Sauberkeit auf den Straßen, in den Bahnen, in den Galerien. Unter dem Leitmotiv „Ertüchtigung der Rasse“ hat Mussolini hygienische Einrichtungen geschaffen, die in vieler Beziehung musterhaft sind. Besonders dem Problem „Mutter und Kind“ hat er eine Sorgfalt angedeihen lassen, die ihm ein bleibendes Denkmal im Herzen seines Volkes sichert. Von diesen vorbildlichen Einrichtungen, Kliniken, Jugendheimen, Säuglingsanstalten, Pärarresten usw. berichtet im Mitteldeutschen Rundfunk am 11. Oktober 18.05 Uhr Oberstleutnant Werner-München, die im offiziellen Auftrag der deutschen Gesundheitsbehörden das Land bereiste.“

Mussolini im Herzen seines Volkes — die italienischen Arbeiter und Arbeiterinnen denken etwas anders über als diese deutschen Speichellecker des Faschismus!

Leichenfledderer Goebbels

Im „Angriff“ vom 5. September wurde ein Bild der Mutter des in Schlesien bestialisch ermordeten Arbeiters Franz Pietzuch gebracht. Dieses Bild trug die Unterschrift: „Die Mutter des erschossenen Pietzuch. Sie wurde von dem Lumpen oft geschlagen und mißhandelt. Als er tot war sagte die Frau wörtlich: „Ich bin zufrieden, daß der Hacher weg ist. Er war ein Taugenichts und ein Lump“. In der „Welt am Montag“ wird nunmehr ein Brief der alten Frau Pietzuch veröffentlicht. In diesem Brief heißt es:

„Ich habe mit meinem Sohn gut zusammengelebt und sein Tod ist mir sehr nahegegangen. Von dem im „Angriff“ wiedergegebenen Ausspruch kann keine Rede sein. Im Gegenteil: Ich wurde bereits am Sonnabend, den 20. August, vor dem Sondergericht in Beuthen (i. Schl.) über die angeblich gefallene Äußerung „daß ich froh bin, daß der Hacher tot ist“ ausgefragt und ich habe darauf erwidert, daß dies nicht wahr wäre. Trotzdem wagen es die Nazizeitungen, mir diese nichtgetane Äußerung immer noch in die Schuhe zu schieben. Ich habe die Absicht, gegen die Redakteure dieser Zeitungen Strafantrag wegen Verleumdung zu stellen.“

Man darf natürlich vom „Angriff“ nicht erwarten, daß er seinen Lesern diesen Brief zur Kenntnis bringt.

Rechtsnot in Deutschland?

Als in der Diskussion auf der Konferenz der Liga für Menschenrechte vor einigen Tagen über das Thema „Rechtsnot in Deutschland“ der Genosse Rechtsanwalt Litten als Erster das Wort ergriff, ging es wie ein frischer Litzzug durch die Versammlung. Drei Stunden hindurch hatten vor ihm berufene Vertreter des demokratisch-liberalen Rechts. Vertreter eines nicht existierenden metaphysischen Rechtes, dessen Verschwinden betrauert. Da hatte Ministerialdirektor Dr. Brill gegen die staatlichen Eingriffe in die „ewigen Menschenrechte“, in die persönliche Freiheit und das Recht der freien Meinungsäußerung protestiert und Prof. Sinzheimer als würdiger Sozialdemokrat die wahre Demokratie vom Himmel heruntergeholt und der Regierung ein über das andere Mal Verfassungsbruch auf allen möglichen Gebieten, besonders auf dem des Arbeitsrechts, bescheinigt.

Ihnen allen hielt Litten vor, daß es kein abstraktes Recht gäbe, daß, wenn heute Teile der Verfassung rechtswidrig außer Kraft gesetzt werden, dies ebenso ein Ausdruck der veränderten Klassensituation gegenüber der vor 13 Jahren ist, wie wenn vor den Gerichten die Schützer des Kapitals, die Nazis, mit leichten Strafen bei Delikten davorkommen und Kommunisten dagegen politisch vogelfrei sind. Er zeigte auf, daß eben die materielle Basis der Untergrund allen Rechts sei und daß man eben aus diesem Grunde überhaupt nicht von einer „Rechtsnot“ sprechen könne.

Nazi-Studenten verurteilt

Frankfurt a. M., 6. Oktober.

Die Große Strafkammer verurteilte heute den 18jährigen Studenten Albert Haas zu sechs Monaten einer Woche und den 26jährigen Studenten Alfred Graf zu sechs Monaten Gefängnis. Die Entscheidung über Bewährungsfrist behielt sich das Gericht vor.

Die beiden Angeklagten, die das Rechtsstudium betreiben, waren an den Vorgängen führend beteiligt, die sich am 22. Juni in der Universität Frankfurt abspielten. Am Tage vorher hatte der Rektor das generelle Uniformverbot für die Räume der Universität und die angrenzenden Baulichkeiten erlassen. Am Vormittag des folgenden Tages kam es zu einem erheblichen Krawall, der die sofortige Schließung der Universität zur Folge hatte. Ende Juli waren die disziplinarischen Untersuchungen über die Krawalle zu Ende geführt. In dem abschließenden Urteil des Senats wurde die Entfernung zweier nationalsozialistischer Studenten von der Universität Frankfurt verfügt, zwei Studenten wurden mit der Androhung der Entfernung, zwei mit einem Verweis bestraft und zwei freigesprochen.

Fritz und Kurt im Glück

Im Märchen heißt der Held Hans. Die Helden unserer kleinen Geschichte heißen Fritz und Kurt. Ansonsten aber sind Fritz und Kurt von derselben unerträglichsten, bedrückenden Genügsamkeit erfüllt wie der allbekannte Hans im Glück.

Die Bekanntschaft mit Fritz und Kurt hat uns die „Metallarbeiter-Zeitung“ vermittelt. Dort erzählen die beiden ein „Ereignis aus Mussolinis“. Der Schauplatz ist Florenz. Die Geschichte beginnt vor dem Tor des Obdachslorenas. Fritz und Kurt, deren beider Wiegen in Sachsen standen, waren bedrückt, als sich unter der wartenden Korona noch ein Sachse bemerkbar machte. Andere Gefühle wurden in Fritz und Kurt wach, als sie bei ihrem Landsmann ein großes Hakenkreuz entdeckten. Bald war mit dem naziförmigen Landsmann ein ernstes Zwiesgespräch im Gange. Mit der Drohung, daß er Fritz und Kurt der Polizei als Kommunisten anzeigen werde, brach der Nazi aus Limbach die Unterhaltung ab. Ein Mann ein Wort. Mitten in der Nacht erscheint die faschistische Polizei. Fritz und Kurt werden verhaftet, zwei Stunden verhört, unter siebenfacher Bewachung in eine finstere Zelle abgeführt, wo sie in Gesellschaft von unzähligen Wanzen abwarten, was nun weiter kommen wird. Am nächsten Morgen neues Verhör, alsdann werden unsere beiden Sachsen gefesselt, und zwar die Arme übers Kreuz, mit Ketten zusammengebunden und in eine andere Zelle abgeführt. Der folgende Tag ist wieder aus-

gefüllt mit Verhören, mit der Abnahme von Fingerabdrücken, mit Photographieren. Diese Prozeduren enden mit der Ueberführung in ein Gefängnis. Wochentag werden unsere beiden Sachsen hier festgehalten, wobei sie in Erfahrung bringen, daß das Riesengefangnis fast ausschließlich Gegner Mussolinis beherbergt. Fragen nach dem deutschen Konsul werden von den faschistischen Gefängniswärtern einfach übergangen. Schließlich wird den beiden ihre Gefängnis-Ausrüstung abgenommen, sie werden auf irgendeiner Anstalt abgeliefert, um dann kurzerhand in Begleitung zweier Kriminalbeamter an die Grenze abgeschoben zu werden. Und nun, als sie endlich am Brenner den Klauen der Faschisten entronnen waren, offenbart sich die ganze bedrückende Genügsamkeit unserer beiden Sachsen.

Ihnen drängt sich kein Wort des Zorns, der Empörung über die ihnen angefangene schmachvolle Behandlung auf die Lippen. I wol in strahlender Zufriedenheit rufen sie aus:

„Stolz sind wir! Unsere Hasehuld hat sich also doch herausgestellt, unser Nazi ist blamiert!“

In, ja, den Hans im Glück, den macht uns Deutschen ebensowenig einer nach wie den Potsdamer Gardeleutnant.

Verwunderlich ist nur, daß die „Metallarbeiter-Zeitung“ solchen Schmarren in großer Aufmachung ihren Lesern serviert.

Sachsens „SAJ“ demonstriert!

Wir wußten nicht, daß freie Gewerkschaftsjugend, SAJ, Reichsbannerjugend, Turner- und Sportjugend des Einheitsnamenten „Sozialistische Arbeiterjugend“ trägt. Zum Jugendtag der SAJ am vergangenen Sonntag konnten wir nun diese neue „SAJ“ bewundern.

„8000“ verkündete die „Volksstimme“, die es seit der Spaltung mit der Wahrheit nie mehr recht genau nehmen will. Nach genauer Zählung waren es knapp 4000 Jugendliche der verschiedenen Organisations-Schattierungen, die sich alle SAJ nennen. Wohl absichtlich hatte man das Treffen nach Chemnitz gelegt, denn dort ist der stärkste Stützpunkt der SAJ Sachsens und dort ist die schwächste Spalterjugend, der laut „Volksstimme“-Bericht nur 8 Genossen angehören. Es hat deshalb wohl verwunderlich gewirkt, daß 35 SJV-Genossen von Chemnitz die zur Abendkundgebung marschierenden SAJler mit einigen tausend Flugblättern begrüßten.

In der Kundgebung selbst konnten die SAJler aus dem sehr gut aufgeführten großartigen Chorwerk des Arbeiterschriftstellers Henrik de Man, das den Namen „Wir“ trug, nur lernen, vorausgesetzt, daß sie nachdenken und den Sinn des Chorwerkes mit der praktischen Politik der deutschen Sozialdemokratie vergleichen.

Für die Sozialdemokratie, die doch eine Massenpartei sein will, war die Demonstration am Nachmittag ein klägliches Fiasko. Nach genauer Zählung marschierten knapp 4000 „SAJler“ aus ganz Sachsen und Teilen Thüringens im Zug. An die 2000 Reichsbannerkameraden, die zwischen die mar-

schierenden „SAJler“ verteilt waren, halfen den Zug verlängern. Denselben Zweck verfolgten scheinbar die vielen Kinder und ein Teil der Parteigenossen. Dem unpolitischen Betrachter des Zuges dürfte aufgefallen sein, daß die große Masse der marschierenden Jugend aus 14- bis 17jährigen bestand. Wir wissen des Rätsels Lösung, die lautet, daß der ältere, geschulte Teil der SAJ in den Reihen der revolutionären Jugend des SJV steht.

Der Verbandsvorsitzende Erich Ollenhauer hatte das Pech, von der Chemnitzer radikalen SAJ ausgepöfft zu werden. O pardon, das war einmal, diesmal wurde er jubelnd begrüßt. Er sprach von Kämpfen der Sozialdemokratie (lies Wahlkämpfe) und machte für das bankrotte System der Demokratie Stimmung, und behauptete wie immer, daß man durch diese zum Sozialismus kommen würde.

SAJler von Sachsen, prüft euch icles Wort der Gen. Toni Sender ein, als sie euch zurief: „Mit Phrasen umgarnt man die Jugend“ und macht es euch zum Leitstern eurer politischen Betrachtung. Sehr viel radikale Worte sind auf euerm Jugendtag gefallen, aber man umgarnt auch und hält euch mit parlamentarischen Theater vom Kampfe ab. Erkennt doch endlich diese falsche Politik, auch wenn sie oppositionell angestrichen ist, und kämpft, wenn schon nicht in unseren Reihen, so dann wenigstens in eurer Organisation für den unversöhnlichen Klassenkampf des Proletariats, der allein den Sieg des Sozialismus gewährleistet.

Die Lausitz zum Wahlkampf bereit

Am Sonntag hielt die SAP in der Oberlausitz eine außerordentliche Unterbezirkskonferenz ab, um zur Gemeinde- und Reichstagswahl Stellung zu nehmen. Gen. Lorenz sprach über die politische Haltung der Partei im Gemeindevahlkampf und über die Durchführung der Wahl. Wir wollen auch diesen Wahlkampf wieder zur Propagierung und Durchsetzung unserer Forderung nach dem Arbeiterblock benutzen. Freilich wird die SPD nur in ganz besonderen Fällen bereit sein, mit uns und den Kommunisten eine Arbeiterliste zu bilden. Die KPD lehnt nicht nur die Bildung von Arbeiterlisten ab, sondern auch die Listenverbindung mit uns und der SPD. Sie zeigt damit nur, daß sie aus der Vergangenheit absolut nichts gelernt hat und auch die Notwendigkeit der Gegenwart nicht erkennt, die eine Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte erheischt. Sie macht es dem Reformismus leicht, die Arbeitermassen in seinen Bänden zu halten und tut nichts, um die Kluft in der Arbeiterklasse zu verringern. Wo es uns nicht gelingt, — und das wird fast überall der Fall sein —, die Arbeiterliste herzustellen, da wird die SAP mit eigenen Listen in den Wahlkampf gehen. In öffentlichen Versammlungen wird die SAP über ihre bisherige und ihre zukünftige Arbeit in den Gemeindeparlamenten Rechenschaft ablegen.

Die Delegierten erklärten sich vollkommen einverstanden mit den Beschlüssen der Unterbezirksleitung und des Parteivorstandes zur Reichstagswahl. Genosse Art sprach über die politische Lage und die Stellung unserer Partei zur Reichstagswahl. Wir gehen auch in diesen Kampf ohne Illusionen über den Wert einer solchen Wahl. Mit einer geradezu un-

heimlichen Schnelligkeit werden alle Anschauungen heute durch die politischen Vorgänge über den Haufen geworfen. Die bisherige Entwicklung hat der SAP Recht gegeben. Es wurde beschlossen, die alte Liste unverändert zu lassen, aber den Genossen Seydewitz als Spitzenkandidat zu nominieren. Die organisatorischen Vorarbeiten sind bereits soweit gediehen, daß mit der Wahlpropaganda bereits in den nächsten Tagen begonnen werden kann. Geschlossen und stark wird die Mitgliedschaft für die Liste der Sozialistischen Arbeiterpartei arbeiten, um damit aufs neue zu beweisen, daß die SAP gar nicht daran denkt, sich nach den Ankündigungen der gegnerischen Presse.

Kleine Plauerer Chronik

Besonderen Wert auf Sachlichkeit hat bisher keiner der kommunistischen Spitzenfunktionäre gelegt. Aber ihr neuer „Führer“ MBR Janka, ist in dieser Hinsicht doch ein besonderer — Genosse. Am Donnerstag, den 29. September, besuchte Janka im Plauerer Gewerkschaftshaus einen KPD-Genossen aus Chemnitz mit der Redewendung: „Was, du Schwemhund bist auch hier in Plauen?“ Und ließ dieser Attacke einen ziemlich Strom von werten Beschimpfungen folgen, in denen die Ausdrücke „Stromer“ und „Lump“ an Sachlichkeit alle anderen übertrafen. Ein am selben Tisch sitzender SAP-Genosse erlaube sich die bescheidene, aber ironische Bemerkung: „Aber, Genosse, etwas sachlicher könntest du diskutieren!“ worauf Janka so anständig antwortete, wie es einem UB-Leiter der KPD zukommt: „Saubund, Lump“ etc. Worauf er, im Gefühl, eine revolutionäre Pflicht erfüllt zu haben, hinausging. Aber noch an der Tür drehte er sich um und versicherte mit bolschewistischer Klarheit: „Wenn wir mal an der Macht sind, seid ihr die ersten, die erschossen werden!“ Das nennt sich Unterbezirksleiter der KPD!

Am 1. Oktober veranstaltete der Plauerer Konsumverein eine „Genossenschaftliche Modenschau“ in der allen, die kein Geld haben, vorgeführt wurde, was sie anziehen sollten, wenn sie welches hätten. Jungen Leuten, die Mode sorgen haben, könnte man das Vergnügen lassen. Nicht lassen kann man die Art, wie man in Plauen diese Veranstaltung ins Fahrwasser der „Eisernen Front“ gelenkt hatte. Da wimmelte es von „Freiheits“fahnen und dreipfeiligen Taschenführern und ähnlichem Humbug, daß den sozialistisch eingestellten Besuchern einfach übel werden konnte. Es legten sich sofort SAP-Genossen ins Mittel und verlangten, daß dieser rosa angestrichene Tolerierungskitsch schleunigst entfernt würde, sonst würden alle Genossen, die zwar auf dem Boden der Genossenschaft, aber nicht auf dem Boden eines rosig angehauchten SPD-Bürgertums stehen, scharfe Konsequenzen ziehen. Darauf räumten prominente SPD-Größen ihre Parteiläden wulbend ab und der überparteiliche Charakter der Genossenschaft kam schlichter wieder zum Vorschein — Die Sapper versprachen aufzupassen, daß er gewahrt bleibt!

Der Kommunistische Jugendverband hielt einen „Presseball“ im „Felsenklöcher“ ab. Sensation des Abends: Auffreten von „Dienstmah August Schnell“ und der „Neidefeln“. Die Neidefeln in der Antifaschistischen Aktion — das scheint sich der neuen Linie dort harmonisch einzufügen. — Das war auch einmal ein revolutionärer Jugendverband...

SAP-Studenten I

Studierende Genossen, die das Wintersemester an der Universität Greifswald absolvieren wollen, wenden sich an Genossen Rudolf Fritz in Greifswald, Bleichstraße 40, oder Genossen Alfred Michaelis, Greifswald, Steinstraße 30 a.

Hindenburgs Geburtstagstisch

Bürgerliche Blätter lassen sich über den Geburtstagstisch Paul v. Hindenburgs folgendes berichten: „Da kam die Schokolade in halben Zentnern und der Wein in Kisten, da kam der Schinken, Pumpernickel und Steinhäger aus Westfalen, die Sprotten und Fludern von der Ostsee. Ein Baumkuchen fehlte nicht, und ein Bäckerbrotte buk eine kunstvolle Bretzel aus Schlaraffenland, so groß allein schon wie ein gewöhnlicher Geburtstagstisch! Wollte Hindenburg die selbstgebrauten Schnäpse alle probieren — — —, so mußte sein Leibarzt recht energisch einschreiten. — — — Während wiederum ein Mütterchen dafür gesorgt hatte, daß dem Vater des Reiches für den Winter ein paar warme und selbstgestrickte Socken nicht fehlen. Dazu passend sandte ein anderer Geber ein paar Hosenträger (Zu den Socken passend? D. Red.). Wieder andere dachten an die Amts- und Zivilbedürfnisse des Geburtstagskindes und schickten einen Zylinderhut — — —“

Ja, ja so sind nun einmal unsere nationalgesinnten Deutschen. Es lebe der Präsident, wenn das Volk auch hungert.

Jeder Genosse, jede Genossin wirbt einen Abonnenten für unsere

SAZ

Berlin

Rose-Theater

Große Frankfurter Str. 132

Telefon: 87 Wechsel 2422

Dienstag, 11. Oktober

8.15 Uhr

Der Hauptmann von Köpenick

Radeboul

Kurbad Nizza-Bad

alle Bäder der Neuzeit. Elektr. Licht- u. Warm-

bäder, Kamillendampfbäder, Kamillen-Inhalation,

Sauerstoffbäder, Kohlensäurebäder, Fichtensäure-

bäder, Warmbäder 1. u. 2. Klasse; Massage und

Fußpflege auch außer dem Hause.

„Der Niedergang des deutschen Kapitalismus“

von Fritz Sternberg

Ladenpreis 9 Mark

Genossen und Genossinnen der SAP er-

halten nach wie vor das Werk für 4.50 Mark.

Niemand versäume diese günstige Kauf-

gelegenheit. Bestellungen an die Expedition

der SAZ, Kleine Holzstraße 3.

Kleine Anzeigen

in der SAZ sind

erfolgreich

und billig!

Vorwärts trotz alledem!

Gedanken zum Arbeitersport

Betrachtet man nur oberflächlich den Betrieb, besonders quantitativ, dann wird kaum eine große Veränderung gegenüber den Jahren 1924, 1924 und 1925 festzustellen sein, ja man wird sogar manch große Neuerung finden, die ein Beweis unermüdlicher Schaffensfreude der Funktionäre im Arbeitersport ist. Der sichtbare Erfolg aber findet erst seine rechte Bewertung in einer Gegenüberstellung der ökonomischen Verhältnisse, deren verheerender Niedergang in den letzten Jahren jeden einzelnen von uns erfaßt hat. Wenn man einmal die Mitgliederliste studiert, dann finden wir, daß 75 Prozent und mehr arbeitslos sind. Daß junge Menschen, die heute 16, 17, ja sogar 18 Jahre alt sind, vom Tage ihrer Schulentlassung bis heute noch nicht einen Handschlag Arbeit verrichtet haben, ist keine Seltenheit. Die seelische Verfassung unserer Mitglieder hat sich damit wesentlich verändert, Unlust, Unzufriedenheit und der gärende Wille zur befreienden Tat begleitet sie stündlich und täglich. Ungeheuer erschwert ist damit die Arbeit der Techniker, die das gleiche Los teilen, die aber dennoch die Aufgabe erfüllen, über alle Hindernisse hinweg alle Entmutigten aufzutreiben, Pseudo und Wohlgefallen durch Laibübungen zu vermitteln, um so in harmonischem Zweiklang einer körperlich geistigen Schulung die Menschen zu bilden, die die Kraft und den Geist besitzen, den Kapitalismus zu stürzen. Schritt um Schritt nähert sich das Bürgertum, währenddessen die herrschende Generalität einen Angriff nach dem anderen auf die Arbeiter unternimmt. Die vollständige Verarmung der Kommunen und Gemeinden hat zur Folge, daß Beschränkungen drohen, die die Existenzmöglichkeit der Vereine aufs äußerste gefährden. Das finanzielle Gleichgewicht ist überall nur noch durch sparsamste Haushaltsführung und geschickteste Kassenführung alter erfahrener Genossen möglich. Ganz ausgeschlossen ist es, einige Monate im voraus zu sehen. Denn schon stehen wir wieder vor der Auswirkung des neuen Lohnraubes, der wahrscheinlich zur Folge haben wird, daß niemand mehr seine Beiträge bezahlen kann, daß irgendwelche Veranstaltungen, die bisher für die Finanzverhältnisse unerlässlich waren, nicht mehr gemacht werden können, weil sie einfach niemand mehr besuchen kann. Legt einmal für wenige Minuten den Sport beiseite und lest hier eine Uebersicht über den Niedergang der Löhne, die das „Berliner Tageblatt“ unter dem 4. September d. J. veröffentlicht:

Verfolgt man die Entwicklung der tatsächlichen Löhne und Gehälter in Deutschland seit einem Jahr, so gelangt man zu dem eindeutigen Ergebnis, daß in vielen Fällen das Existenzminimum bereits erreicht, wenn nicht unterschritten ist. Die kürzlich veröffentlichten Ergebnisse der amtlichen Lohnerhebung in der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie zeigten, daß im Oktober 1931 die Verdienste dieser Arbeiter rund ein Fünftel unter dem Vorkriegsstand lagen. Die Löhne der Walzer waren sogar halbiert. Im ersten Halbjahr 1932 sind die Löhne noch weiter gesunken.

Das sind keine Einzelercheinungen. Für die Gesamtheit der beschäftigten Arbeiter läßt sich aus den Ausweisen über die in der Invalidenversicherung verkauften Beitragsmarken ein klares Bild der gegenwärtigen Lohnhöhe gewinnen. Die vereinbarten Wochenbeiträge verteilen sich auf die einzelnen Lohnklassen wie folgt (in Prozent):

Einkommenshöhe in Mk.:	Erstes Halbjahr		
wöchentlich:	1930	1931	1932
bis 24	46,8	51,9	60,9
über 24 bis 36	16,9	17,9	19,2
mehr als 36	36,3	30,2	19,9

dennach verdienen jetzt mehr als 60 Prozent der Versicherten im Monat nur bis zu 100 Mk. (in einer Woche bis 24 Mk.) einschließlich der sozialen Ausgaben. Unter Berücksichtigung der Arbeitslosen sind das schätzungsweise 7 Millionen Arbeiter; eine stärkere Aufgliederung der Statistik, die in diesem Rahmen nicht möglich ist, beweist, daß von den 7 Millionen nur wenig mehr als 1 1/2 Millionen über 75 Mark im Monat, weitere 3 Millionen nur über 50 bis 75 Mk. monatlich verdienen, während der Rest von mehr als 2 1/2 Millionen Arbeitern Einkommen haben, die wesentlich unter den Fürsorgesätzen liegen.

Auf diesen unerbörten gesunkenen Einkommensgrad setzt nun noch der abgestufte Abbau der Tarife durch das Papensche Wirtschaftsprogramm ein. Der neue Lohnraub ist keine Niederlage, die irgendeiner aus dem Sportleben gleichzustellen wäre, es ist eine Niederlage, die das Bestehen der Organisationen vernichtet und die breite Masse des Proletariats zu einer deformierenden Bedürfnislosigkeit zwingt, die in eine wahre Sklaverei ausartet. Diese Sklaverei fordert heute Triumphe, Unternehmungen auf der einen Seite und rücksichtslose Lohndrosselung auf der anderen.

Und weiterhin beehrt uns das Erziehungsgesetz der Jugend. Der so gefährliche große Hut, unter dem alles vereinigt werden soll, beginnt sich zu bilden. Geländespiele und Militärsport sollen den fortschrittlichen Geist der proletarischen Jugend vergiften und so den Einflüssen einer Führerschaft aus dem alten Heere unterstellt werden. Nicht die Erkenntnis der Ohnmacht der kapitalistischen Wirtschaft soll in den jungen Hirnen geweckt werden, sondern die Ehrfurcht vor Gott und dem Vaterland.

Die Arbeitsdienstpflicht als ein weiteres Mittel der Niederknüpfung der proletarischen Jugend muß praktisch die Auflösung ganzer Gruppen zur Folge haben. Abgesehen von allen äußeren Erscheinungen, denn die Arbeitsdienstpflicht ist mehr eine politische Angelegenheit, steht im Vordergrund das Gerede von der produktiven Tätigkeit der Erwerbslosen zum Zwecke ihrer geistigen und körperlichen Gesundung, das eben nur die weitere Herabdrückung des Preises der Ware Arbeitskraft verschleiert. Produktive Gemeinschaftsarbeit soll darüber hinwegtäuschen, daß in Wahrheit Streik- und Tarifbrechergruppen zusammengezogen werden. Schaut ein wenig tiefer hinein. Das „BT“ meldet am 25. Mai d. J.: „Herr Oberst a. D. Hierl empfiehlt allen Ernstes die Einführung einer kleidsamen Arbeitsuniform, um einen guten Geist und Dienstfreudigkeit zu schaffen, mit der weiteren Begründung, daß das Kleid des Arbeiters ebenso ein Ehrenkleid werden solle, wie das des Soldaten.“

Und der „Tag“ schrieb vor einiger Zeit zu diesem Thema: „Die jungen Männer werden, wenn sie mit dem richtigen Geist und Nationalgefühl erfüllt, ihrem Berufe wieder gegeben sind, auch dann ihren Mann stehen, wenn es einmal gilt, ihr Vaterland zu verteidigen.“

Das Ziel des Organisationsprinzips ist es, das eigene Denken auszuschalten, Kadavergehorsam zu züchten und den Glauben an den Sozialismus zu zerschlagen.

Es soll hier nicht erwohnen werden, wie weit der Einzelne die Maßnahmen der großen Organisationen des Proletariats billigt oder nicht billigt. Jedoch unverwischbar steht die Tatsache, daß der Arbeiter bisher Schlag auf Schlag erdulden mußte, ohne daß die Gegenaktion einsetzt, die er stündlich erwartet. Der

Arbeitersport wird zwangsläufig Werkzeug der politischen Parteien und verfällt damit der Diktatur ihres Apparates. Im Verlauf dieses Prozesses zeigt sich das Hineinwachsen in den Staatsapparat und die solidarische Verbundenheit mit Einrichtungen dieses Staates, die jenseits unserer Klassenfassung liegen. Damit aber verläßt er den Boden, auf dem er einstmals Wurzeln schlug und umgeht das, was seine historische Aufgabe ist, nämlich eine Aktivtruppe für die entscheidende Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit zu sein. Die Wendung ist unverkennbar, denn das große Verhängnis liegt nicht darin, daß es wirtschaftlich rückwärts geht, daß Tausende arbeitslos sind, sondern darin, daß die ideologischen Einflüsse rückwärts gedrosselt werden. (Siehe die Versuche, den freiwilligen Arbeitsdienst sozialistisch zu gestalten.) Durch diese falsche ideologische Beeinflussung gestattet uns der kapitalistische Machtapparat noch, weite Kreise von Menschen zu erfassen und er weiß dann, daß es sich in der Mehrheit nur um solche handelt, die wohl die Breite der sportlichen Tätigkeit in Deutschland sehen, Freude und Begeisterung im Sport erleben, die aber nicht in die Tiefen des sozialistischen Klassenkampfes eingedrungen sind. Das, was in den Jahren des aufsteigenden Kapitalismus durch die parlamentarischen Machtverhältnisse möglich war, insbesondere die Schaffung von Sportplätzen, wird langsam durch Erhöhung der Mieten den Organisationen entzogen und anderen Zwecken, insbesondere der Militarisierung des Sports, dienbar gemacht. Soweit der Stand innerhalb unseres Bundes, den wir zur Umkehr mahnen, wenn er nicht eines Tages zum bürgerlichen Machtapparat verwandelt werden will. Trotz aller Bedenken, die wir hier ohne jede Umschweife zum Ausdruck bringen, rufen wir die vielen Tausend jungen Menschen und fordern sie auf, Leibesübungen zu betreiben und sich freizumachen von all den Giften des kapitalistischen Einflusses. Kommt zu uns in unsere Übungsabende und sammelt eure Energien im Kreise eurer Klassengenossen, damit Arbeit und Brot einst allen Menschen wieder beschieden ist.

Vorwärts trotz alledem!

So kündigen die Plakate unsere Veranstaltungen an, die in nächster Zeit überall stattfinden und zu denen wir stärkere Beteiligung der Breslauer Arbeiterschaft erwarten. Der Freitag wird Leibesübungen zeigen, die trotz Hunger und Entbehrungen von wirklichen Massen bei uns bereits gepflegt werden. Was wir an diesem Tage dem Körper tun, das wird in den nächstfolgenden zwei Tagen, am 15. und 16. Oktober d. J. in Einklang mit geistiger Schulung gebracht, denn nur so bildet sich der körperlich geistig reife Mensch. Heimut Wagner, Dresden, wird am 15. Oktober d. J. ein einschlägiges Referat „Der Weg zur Freiheit“ halten. Sein Vortrag gliedert sich in drei Hauptteile: 1. Der Arbeitersport in der Krise. 2. Der Klassenweg zur Überwindung der Krise und 3. Arbeitersport im Gegenwarts-kampf. Der Sonntag ist ein Schulungskursus und dehnt sich den ganzen Tag über aus. In unseren Mitgliederkreisen ist jetzt schon weitgehendes Interesse dafür vorhanden, ein Beweis, daß hier in Breslau ein gesunder Kern von Sportmenschen wohnt, die zu jeder Stunde mit offenem Charakter um die wirkliche Sache des Arbeitersports kämpfen und die alles ablehnen, was irgend wie mit dieser kapitalistischen Ordnung in Einklang zu bringen ist. Wir hoffen, durch unsere Aktion noch viele Neue zu gewinnen und appellieren nochmals an das Breslauer Proletariat, indem wir euch zurufen: Besucht unsere Veranstal-

tungen am 14. Oktober in allen noch bekannt zu machenden Turnhallen und unterstützt uns in unserem schweren Daseinskampf. Wir versichern euch, auch in der schwersten Stunde der Entscheidung Schritt um Schritt als Klasse mit euch zu marschieren, getreu unserer Devise: Sportler sein, ist gut; Sportler und Sozialist sein, ist besser. —el

Gehelmsender in Bombay

Bombay, 9. Oktober.
Die Polizei von Bombay hat nach langem Suchen die geheime Sendestation entdeckt, von der aus die Kongreß-Führer lange Zeit hindurch jede Nacht Propagandarede für die antibritische Kampagne gehalten haben. Der Apparat wanderte, wie Daily Mail mitteilt, in bestimmten Zeiträumen zwischen vier Häusern hin und her, um so die Entdeckung möglichst schwierig zu gestalten. Die Entdeckung von einer mächtigen Hochantenne in dem Hof eines der vier Häuser brachte die Polizei auf die Spur, die gestern zur Verhaftung von vier Männern führte. Unter den Verhafteten befindet sich ein Händler mit Radioapparaten und der Enkel eines ehemaligen Richters vom Hohen Gerichtshof in Bombay.

Überhandnahme der spinalen Kinderlähmung in Polen

Warschau, 9. Oktober.
Die spinale Kinderlähmungsepidemie scheint sich in Polen immer mehr auszuweiten. Neuerdings tritt die Krankheit auch in Warschau und Umgebung vereinzelt auf. Insgesamt wurden hier zurzeit 15 Erkrankungen festgestellt.

Wolkenbruch auf Sardinien

Sassari (Sardinien), 9. Oktober.
Sassari und Porte Torres wurden von einem heftigen Wolkenbruch heimgesucht, der unermesslichen Schaden in den Stadeln und auf den Feldern anrichtete. In vielen Orten sind die Telegraphen- und Telefonverbindungen unterbrochen.

Zusammenstoß im Aermelkanal

Norwegisches Motorschiff gesunken
London, 9. Oktober.

Der Dampfer „Afric Star“, der nach Buenos Aires unterwegs war, ist auf der Höhe von Dungeneß in der Nacht zum Sonntag mit dem norwegischen Motorschiff „Charente“ zusammengestoßen und dem Vernehmen nach, schwer beschädigt worden. Er nahm die drei Passagiere und 18 Mann der Besatzung der „Charente“ an Bord und fuhr unter Notsignalen nach Dover weiter.

Das Motorschiff „Charente“, das von einem Schleppdampfer ins Schlepptau genommen worden war, ist um 5 Uhr früh, ungefähr 7 Seemeilen nordöstlich von Dungeneß gesunken. Der Schlepper kehrte nach Dover zurück, wo er die Mannschaft der „Charente“ landete, die er von dem Dampfer „Afric Star“ übernommen hatte.

Werbt Abonnenten

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

65) Ein deutscher Roman
Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Eine Gruppe mit Plakaten löst sich aus der Menge und geht über den Damm auf das äußerste Tor zu. Oben auf der Plattform kauert die Maschinengewehrbedienung. Der Schütze „Eins“ faßt die Griffe fester, der Schütze „Zwei“ beugt sich über den Ladestreifen und hebt ihn an die Zuführung heran. Schütze „Eins“, „Zwei“ und „Drei“ sind fertig zum Feuern, wie es das Reglement von ihnen verlangt. Dabei sehen sie auf die andere Seite zu den Menschen hinüber, die diese kaum merkbare Bewegung gespürt haben und zurückweichen. Sie können nur enger aneinander rücken. Hinter sich haben sie die Häuser, und die Hausflure stehen schon gepfropft voll.

Vierhundert Schuß feuert das Gewehr in der Minute.

Und drüben an den Mauern muß jeder Schuß ein Querschläger werden.

Der Befehl zum Schießen ist noch nicht da. Doch die Soldaten haben dieses furchtbare Kommando schon in den Ohren. Der Mann am Ladestreifen erinnert sich an die Front, an vorgehende Sturmabteilungen, die sein Maschinengewehr weggemäht hat; er sucht nach einer ähnlichen Situation — ein Ziel von derselben Hilflosigkeit hat er noch nicht gesehen. Er sieht den Wall weicher Leiber, für den es kein Entweichen gibt. Die Mündung zielt mitten in die Masse hinein — Frauen, die gestern noch Gewehrpatronen herstellten, Männer, die gestern noch Granaten drehten, Feldgrauen, die an der Front standen wie er, die dieselbe Wohnung, dasselbe Essen, dasselbe Schicksal haben. . . . Schütze „Zwei“ beginnt zu denken.

Er hat den Fahneid geschworen und trägt den Rock des Kaisers, des Kaisers, der einst sprach:

„Wie eine feste Burg ragt eure Kaserne in der nächsten Nähe des Schlosses auf, das ihr in erster Linie zu schützen stets bereit sein werdet. Ihr seid berufen, gewissermaßen als Leibwache, Tag und Nacht bereit zu sein, um für den König und sein Haus, wenn's gilt, Leben und Blut in die Schanze zu schlagen. Und wenn jemals wieder, wie 1848, das Berliner Volk frech und unbotmäßig werden sollte, dann, davon bin ich überzeugt, werdet ihr alle Unbotmäßigkeiten wider euren königlichen Herrn nachdrücklich in die Schranken zurückverweisen.“

Wo der Mensch zu denken anfängt, hört der Soldat auf.

Und der Schütze Nummer „Zwei“ greift nach dem Gewehr, macht einige Handgriffe, mechanisch und exzermäßig. Er hakt den Patronengürtel aus der Zuführung und hält ihn unschlüssig in der Hand, dann, einer plötzlichen Eingebung folgend, wirft er ihn auf die Straße hinunter, vor die Füße der Frauen.

Der Gürtel zerspringt, die Patronen krollen übers Pflaster.

Die Bedienung begreift nicht, was geschehen ist.

Der Soldat selbst ist von seiner Tat über-rascht.

Die Demonstranten verharren noch in ihrer Starre.

Da schreit eine Frau auf. Nach der überstandenen Angst schreit sie auf wie ein Tier. Und es geht durch die Menge, ein befreites Aufbeulen pflanzt sich durch die ganze lange Front fort. Und alle setzen sich in Bewegung, über den Damm hinüber.

Der leere Raum vor der Kaserne ist nicht mehr da.

Aus Nachbarhäusern werden Leitern gebracht.

Niemand weiß, wo die so schnell hergekommen sind. Keiner hat das organisiert, keiner vorher daran gedacht. Die Leitern werden an die Fenster der Mannschaftsstuben gestellt. Zehntausend Menschen bewegen sich,

zehntausend Paar Hände haben plötzlich zu tun.

Fensterscheiben klirren.
Ketten werden gelöst.

Gewehre werden herausgereicht und unten entgegengenommen. Soldaten steigen durch die Fenster und springen auf die Straße hinunter.

„Kameraden!“

„Brüder . . .“

Dann krachen doch noch Schüsse. Am nördlichen Tor wird in die Menge hineingefeuert. Vor der verschlossenen Tür steigen leichte blaue Dämpfe auf. Ein Gewehrlauf ragt durch das Guckloch.

Die Gruppe mit den Plakaten spritzt auseinander.

Andere springen vor. Gegen die Tür fliegen Steine. Ein Obmann zwängt seine Pistole neben den Gewehrlauf in das Guckloch und drückt ab, sechsmal hintereinander, bis alle Kammern leer sind.

Das Gewehr fällt zurück. Es vergeht keine Minute, bis die Tür von den Soldaten innen aufgemacht wird.

Die Soldaten stottern Erklärungen:
„Ein Marineoffizier!“

„Wir haben den Befehl nicht ausgeführt!“

„Da hat er selbst . . .“

„Wo ist er geblieben?“

„Der ist auch verwundet.“

„Ueber'n Hof ist er gelaufen!“

Einige Demonstranten sind von den Schüssen niedergestreckt worden. Drei werden in die Kaserne gebracht und in eine Stube getragen. Man ruft nach einem Arzt, versucht inzwischen die Art der Verwundungen festzustellen und selbst die erste Hilfe zu leisten.

Einer rührt sich nicht mehr.

„Vorbei, dem ist nicht mehr zu helfen.“

„Herzschuß, der war gleich alle!“

Die Obleute kennen ihn: der Metallarbeiter Erich Haberath.

Die Menge strömt auf den Kasernenhof und verdrängt sich mit den Soldaten. Die Maschinengewehrbesatzer bringen ihre M.-Gs. Ein Lastauto fährt vor, noch ein zweites. Maschinengewehre, Munition, Handwaffen werden von den Obleuten mit Beschlag belegt.

Die Soldaten wählen Räte. Die vorgeschlagenen Vertreter werden ohne Diskussion angenommen. Mit Obleuten aus den Schwarzkopfbetrieben bilden sie den gemeinsamen Arbeiter- und Soldatenrat des Stadtviertels.

Neue Marschparolen schwirren durch die Luft.

Jetzt weiter, nach Moabit!

„Nach dem Zellengefängnis!“

„Die Gefangenen raus!“

Ein Hornsignal ertönt: „Ich bitte die Herren Offiziere!“

Das von Laukant veranlaßte Signal wird automatisch befolgt. Die Offiziere versammeln sich an der gewohnten Stelle, im Konferenzzimmer des Kasinogebäudes. Wie Laukant eintritt, sind die Offiziere schon von einer Menge Arbeiter umringt, mit denen sie um das Ablegen ihrer Waffen disputieren.

„. . . haben wir so lange in Ehren getragen!“

„Mit dem Degen habe ich Seiner Majestät gedient!“

„Nur der Kaiser kann uns von unserm Eid entbinden!“

„Ach, das gibt's doch alles nicht mehr. Wir brauchen kein Militär mehr. Am besten gehen Sie alle nach Hause und suchen sich eine andere Beschäftigung!“

Laukant drängt sich vor und fragt:

„Wo ist der Marineoffizier?“

Zuerst antwortet niemand, dann entgegnet der Hauptmann:

„Der Herr Kapitänleutnant ist nicht mehr in der Kaserne!“

„Wo ist er geblieben, das muß festgestellt werden!“

Ein Soldat beantwortet die Frage:

„Der ist hinten über die Mauer weg!“

„Sie legen die Waffen ab und bleiben nebenan im Zimmer, bis ich Instruktionen aus dem Reichstag geholt habe“, sagt Laukant in einem Ton, der keinen Widerspruch duldet. Es bleibt den Offizieren nichts anderes übrig. Sie überlassen ihre Waffen den Arbeitern und ziehen sich in das Nebenzimmer zurück.

Vor die Tür stellt der A- und S-Rat Posten.

(Fortsetzung folgt.)

An welchem Punkt der Krise stehen wir?

Von Fritz Sternberg

Konjunkturwende in USA und England

II*.)

Die summarische Analyse der besonderen Merkmale der heutigen Krise war notwendig, um von einer festen Basis aus an die Beantwortung unserer Frage zu gehen: An welchem Punkt der Krise stehen wir heute? Wir können heute von verschiedenen Seiten aus eine optimistische Beantwortung dieser Frage hören. Englische und amerikanische Bankberichte sprechen davon, daß das Tief der Krise erreicht ist, die letzte Publikation der Dresdner Bank äußert sich in diesem Sinne und die Vierteljahrshefte des Instituts zur Konjunkturforschung suchen in ihren letzten Beilagen die ein Optimismus durch eine Analyse der Weltwirtschaft zu begründen.

Prüfen wir ihre Argumentation im einzelnen. In den Vierteljahrsberichten wird die Entwicklung in den Vereinigten Staaten und England der in den anderen europäischen Ländern gegenübergestellt. Von den Vereinigten Staaten und England wird behauptet, daß hier in breiter Front Ansätze zu einem Tendenzumschlag bestehen und daß Rückwirkungen auf die Produktion in absehbarer Zeit wahrscheinlich sind. Wie aber sieht es in Wirklichkeit aus?

Wie liegen die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten? Daß wir eine Börsenhausse in den Vereinigten Staaten hatten, daß die Preise für zahlreiche Rohstoffe in letzter Zeit einen starken Anstieg nach oben bekommen haben, das wissen wir. Aber ein wirklicher Konjunkturschwung prägt sich nicht in erster Reihe in der Bewegung von Aktien aus. Wir wissen genau, wie stark hier wie bei den Rohstoffpreisen spekulative Elemente mitsprechen. Wir haben im Verlauf der Krise mehr als einmal Aktienhausse in New-York erlebt. Ein wirklicher Anstieg ist erst dann gegeben, wenn auf Basis des verminderten Preisniveaus, auf Basis billiger Zinsen die Unternehmer in unserer heutigen privatkapitalistischen Wirtschaft größere Beträge zu neuen Investitionen verwenden und von dieser Belebung der Produktionsmittelindustrien aus die gesamte Wirtschaft in Konjunktur kommt.

Von irgendeiner Belebung der Investitionen und Hand in Hand damit von einer Belebung der Konsumindustrien ist aber in den Vereinigten Staaten nicht im mindesten die Rede. Das geben auch die Konjunkturhefte rückhaltlos zu. Auch in den Vereinigten Staaten ist gerade in der letzten Zeit die Arbeitslosigkeit noch beträchtlich gewachsen, sind weiterhin die Löhne der beschäftigten Arbeiter er-

heblich herabgesetzt worden. Auch drüben sind die Preise weniger gefallen als die Löhne. Daher müssen die Vierteljahrshefte feststellen: „Auch in bezug auf die Konsumgütergestaltung birgt die konjunkturelle Dynamik eher produktionshemmende als produktionssteigernde Kräfte. Zunehmende Arbeitslosigkeit und das Bestreben der Unternehmer, sich durch Lohnsenkungen zu entlasten, lassen das Einkommen breiter Konsumentenschichten weiter schrumpfen. Es scheint sogar, als seien gegenwärtig die Lohnsenkungen erheblich stärker als der Rückgang der Lebenshaltungskosten.“

Wenn aber die Unternehmer nicht die mindeste Neigung zeigen, neu zu investieren, wenn auf der anderen Seite die eigentlichen Konsumindustrien stärker eingeschränkt werden müssen — dann ist wirklich nicht einzusehen, woher in nächster Zeit der Konjunkturschwung in den Vereinigten Staaten kommen soll. Es ist schon etwas grotesk, wenn dasselbe Konjunkturstadium, das gerade von den Vereinigten Staaten einen Tendenzumschlag erwartet, im selben Bericht schreibt: „Als Ergebnis der rein konjunkturellen Komponenten der gegenwärtigen Marktkonstellation kann also kaum mehr als ein allmähliches Auslaufen des Produktions- und Beschäftigungsrückganges erwartet werden.“ Daran werden auch die Maßnahmen der augenblicklichen amerikanischen Regierung nichts ändern. Und wenn die Präsidentenwahlen drüben vorbei sind, werden die amerikanischen Massen sehr deutlich spüren, was es mit der Hausse ist, die man ihnen versprochen hat.

In England steht es nicht besser. Während unmittelbar nach der Entwertung des englischen Pfundes und dem Uebergang Englands zum Schutzzollsystem die englische Wirtschaft im Gegensatz zur gesamten Weltwirtschaft einen Auftrieb genommen hatte, die Produktion gestiegen und die Arbeitslosigkeit zurückgegangen war,

ist gerade in den letzten Monaten ein starker Rückgang der englischen Produktion, ein Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit festzustellen.

Der Produktionsindex, der 1924 mit 100 angesetzt war, war im ersten Vierteljahr 1932 nur auf 92,3 gesunken, ist aber im zweiten Vierteljahr auf 83,2 zurückgegangen. Seit März dieses Jahres stiegen die Arbeitslosenzahlen in England ununterbrochen, stiegen sie sogar im Gegensatz zu den vergangenen Jahren in den Sommermonaten Mai, Juni, Juli,

Drittel ausgenutzt. Das gibt keinen Anreiz für neue Investitionen. Und daher schreiben die Vierteljahrshefte mit Recht: „Die Aufnahme des Inlandes an Investitionsgütern wird, insoweit sich die Wirtschaft selbst überlassen bleibt, weiterhin depressiv sein.“

bleibt als letzter Punkt die Verstärkung der Vorräte. Aber sie wird gerade dadurch eingeeignet, daß Deutschland im Gegensatz zu England und Amerika auf den internationalen Kapitalmärkten eine sehr gefährdete Position hat. Die Vierteljahrshefte schreiben daher: „Größeren Umfang könnte eine solche Eindeckungswelle (von Rohstoffen) in Deutschland allerdings kaum annehmen, da ein plötzlicher anspringender Import in diesen Produkten sehr bald an der

knappen Devisendecke der Reichsbank scheitern müßte.“

Das also ist die objektive Lage in Deutschland. Alle objektiven Faktoren sprechen also dagegen, daß die Weltkrise bereits ihr Tief erreicht hat, daß die deutsche Krise die besonders schweren Hemmungen, die dem Wiederanstieg ihrer Wirtschaft entgegenstehen, in nächster Zeit überwinden wird. Ist dem aber so, dann ist dem Papenschen Programm, soweit es die Wirtschaft anzukurbeln sucht, der Boden entzogen. Was übrig bleibt, das ist der erneute Vorstoß der Sozialreaktion, bei der weiteren Vertiefung der Krise alle Lasten von sich abzuwälzen und den breiten Massen aufzubürden, die an sich nicht mehr das Existenzminimum haben.

Gesamtlohnsumme um die Hälfte gefallen

Nur 1/3 der Arbeiter verdient mehr als 30 Mk. wöchentlich

Eine sehr aufschlußreiche Tabelle über die Einkommensgestaltung der Arbeiter und Angestellten veröffentlicht das statistische Landesamt für Sachsen auf Grund der Beitragsleistungen zur Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Der Berichtszeit liegen die Jahre 1929 bis 1931 und das erste Halbjahr 1932 zu Grunde. Hiernach waren im Durchschnitt des Jahres 1929 1.876.000 vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte vorhanden, die zusammen einen monatlichen Durchschnittslohn von 278,8 Millionen Reichsmark bezogen. Auf die Arbeiter entfielen hiervon 1.564.000 Vollbeschäftigte mit einer durchschnittlichen Monatssumme von 213,4 Millionen Reichsmark. Die Zahl der vollbeschäftigten Arbeiter belief sich im zweiten Quartal 1932 nur noch auf 943.000, die eine monatliche Lohnsumme von 86,6 Millionen Reichsmark bezogen. Das heißt, daß die Gesamtlohnsumme um 58% zurückging. Für den einzelnen Arbeiter der um ein Drittel verringerten Belegschaftszahl bedeutet das eine Kürzung seines Einkommens um rund ein Drittel. Der Anteil derer, die wöchentlich mehr als 30 RM. verdienen, betrug im zweiten Quartal 1932 nur noch 18,6%.

Die Entwicklung bei den Angestellten vollzog sich in ähnlicher Form. Von 312.000 vollbeschäftigten Angestellten im Jahre 1929 ging die Zahl im zweiten Quartal 1932 auf 252.000 zurück und die monatliche Gehaltssumme von 65,4 Millionen auf 46,3 Millionen Reichsmark.

Im ganzen betrug der Rückgang der monatlichen Gesamtlohnsumme von 278,8 Millionen mehr als die Hälfte, er erreichte nämlich den Stand von 132,9 Millionen Reichsmark im 2. Quartal 1932. Das bedeutet also eine Kürzung der Kaufkraft und damit verbunden der Lebenshaltung um mehr als die Hälfte. Wenn man hierzu noch den geringeren Rückgang der Preise hinzunimmt, so tritt das herrschende Elend mit einer unheimlichen Deutlichkeit in Erscheinung.

Die Verschärfung der Krise dauert weiter an. Ein besonderes wichtiges Merkmal für diese Entwicklung sowohl im nationalen als internationalen Maßstabe bietet die hier festgestellte Entwicklung in dem industriereichen Sachsen. Für das Proletariat gibt es aus dieser Erkenntnis nur die Alternative, Vorbereitung des proletarischen revolutionären Ausweges aus der Krise oder völliger Untergang in der Barbarei.

Münchener Bauarbeiterkampf

Kapitulation der Gewerkschaftsbürokratie

München, 9. Oktober.

Von 11 Baufirmen wurde hier der Versuch gemacht, mit Hilfe der Notverordnung Lohnkürzungen vorzunehmen. Die Großfirma Moll, welche Baustellen im ganzen Lande hat, zählte die Neueinstellungen, die zum Teil durch Neuanfänge von Bauten bedingt waren, zusammen, um so die Grundlage für ihr Vorgehen zu finden. Fast einmütig wurde jedoch unter der Führung des Bauergewerksbundes überall der Streik beschlossen, so daß etwa 350 Arbeiter herausgingen. Streikbrecher gab es nicht und die meisten Unternehmer zogen in wenigen Tagen ihre Anschläge zurück, so daß der größte Teil der Streikenden die Arbeit zu den bisherigen Löhnen wieder aufnehmen konnte.

Inzwischen hatte der Unternehmerverband eine einstweilige Verfügung erwirkt, die die Gewerkschaft und ihre Funktionäre bei Androhung von Geldstrafe und 6 Monaten Haft zwingen sollte, den Streik abzubrechen. Gegen diese Verfügung wurde Einspruch erhoben, und eine Versammlung der Streikenden beschloß, im Streik zu verharren. Die Verbandsleitung hoffte noch immer auf eine Aufhebung der Verfügung. Da erschien das Streikverbot der Papenregierung, das Gericht wies den Einspruch des Bauergewerksbundes zurück und die Verbandsbürokratie kapituliert. Es zeigte sich ihre Unfähigkeit, die Methode des Kampfes den veränderten Bedingungen anzupassen. Sie scheiterte an der „Legalität“. Gehorsam entzog sie den Streikenden die Unterstützung, verzichtete auf die weitere Leitung des Kampfes, so daß unter diesem niederdrückenden Einfluß eine erneute Versammlung die Wiederaufnahme der Arbeit beschloß, trotzdem in den meisten Betrieben die Unternehmer die Lohnabzüge bereits rückgängig gemacht hatten. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Bürokraten froh sind, auf diese Weise aus der schwierigen Lage herausgekommen zu sein. Der Einheitsverband (RGO), welcher noch bei dem Streik im Mai dieses Jahres eine wesentliche Rolle spielte, schien bei dieser Bewegung gar nicht vorhanden zu sein. Auch sieht es nicht so aus, als ob er in der Lage wäre, jetzt nach Verlegen des Bauergewerksbundes die Führung zu übernehmen.

Streik in Cottbus

Seit dem 24. September streiken in der Buchdruckerei und Geschäftsbüchereifabrik der Firma Otto Enke Cottbus und dem angeschlossenen Verlag „Lausitzer Landes-Zeitung“ die gesamte Belegschaft mit Ausnahme von einigen Unorganisierten.

Grund des Streiks ist eine Lohnkürzung von 12 bis 20 Prozent durch

Papen-Notverordnung. Der Streik richtet sich gleichzeitig gegen die schikanöse Behandlung des Personals durch Herrn Enke jr. Bei Neueinstellungen werden die Leute erst nach ihrer Partei- und Verbandszugehörigkeit gefragt. Sind sie Mitglieder Nationaler Parteien oder Verbände, werden sie sofort eingestellt, während andere abgewiesen werden.

Seit dem Krach in der Harzburger Front ist es auch hier zwischen Enke und der NSDAP zum Bruch gekommen. Herr Enke lehnt seit einiger Zeit jeden Bericht und jedes Inserat der Nazis in seiner Zeitung ab. Aus diesen und noch anderen Gründen, hat sich die Parteileitung der NSDAP mit den Streikenden solidarisch erklärt und droht jedem Streikbrecher mit einem Ausschluss aus der Partei. Die Firma versucht ihren Betrieb aufrecht zu erhalten, indem sie von außerhalb Personal heranholt. Sämtliche Streikbrecher schlafen in dem Betriebe; zu diesem Zwecke sind extra Betten angeschafft worden. In der am 6. Oktober stattgefundenen Belegschaftsversammlung erklärten sich die Anwesenden für Fortführung des Streiks, da die Bedingungen der Firma unannehmbar sind.

Streikerfolg im Alexanderwerk

WTB. Remscheid, 9. Oktober.

In den Verhandlungen im Lohnstreik des Alexanderwerks wurde heute eine Vereinbarung getroffen, nach der die Arbeit von Montag dem 10. Oktober ab zu den alten Bedingungen (also Zurücknahme des Lohnabbaues) wieder aufgenommen wird. Eine Bezahlung der Streiktage findet nicht statt. Die Arbeitszeit wird von 52 auf 44 Stunden herabgesetzt mit dem Ziel einer weiteren Belegschaftsvermehrung.

Man sieht, die Werksleitung, die noch vor zwei Tagen den starken Mann markierte und die „endgültige Entlassung aller Streikenden“ aussprach, die alle Kräfte des Staatsapparates, Justiz, Polizei und Arbeitsamt für sich mobilisierte, mußte vor dem geschlossenen Kampf ihrer Belegschaft kapitulieren. Damit hat der im ganzen Reich Aufsehen erregende Kampf mit einem Sieg der Arbeiter geendet.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau, Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau, Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe, Telefon 206 02.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe, Telefon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gebhart, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3, Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.

Die weitere Vertiefung der Krise in Deutschland

Das Wirtschaftsprogramm der Papenregierung geht davon aus, daß der Tiefpunkt der Krise erreicht sei. Wir haben gezeigt, daß dies nicht einmal für die kapitalreichsten Länder, für die Vereinigten Staaten und England, gilt. Was von den Vereinigten Staaten und England gilt, gilt in verstärktem Umfang von Deutschland. Kein objektiver Faktor spricht dafür, daß wir in Deutschland bereits in nächster Zeit eine Wendung zur konjunkturellen Besserung haben werden. In den „Vierteljahrsheften zur Konjunkturforschung“ heißt es:

„Auf der Güterseite der Wirtschaft bleiben denn auch die Rückgangstendenzen vorherrschend. Produktion, Beschäftigung und Warenumsätze verharrten in ihrer konjunkturellen Abwärtsbewegung. Das Tempo des Rückganges war aber zum Teil merklich verlangsamt. Die Belegungserscheinungen einiger Branchen, an die vielerorts große Hoffnungen geknüpft worden sind, waren durch Saisonaufträge und Rußlandbestellungen bedingt; sie erwiesen sich dementsprechend als vorübergehend. Die Voraussetzungen für einen durchgreifenden Wirtschaftsaufschwung nach den Regeln der alten Konjunkturautomatik sind, obzwar in Teilen der Weltwirtschaft in greifbare Nähe gerückt, für Deutschland noch immer nicht gegeben. ... Wenn die Wirtschaft sich selbst überlassen bleibt, kann vorerst nicht mehr als günstigenfalls ein allmählicher Auslauf der Rückgänge in Absatz, Produktion und Beschäftigung erwartet werden. (Von mir gesperrt. F. St.)“

Das ist deutlich genug. Die Vierteljahrshefte geben also selbst zu, daß an eine Selbstankurbelung der Wirtschaft in nächster Zeit in Deutschland nicht zu denken ist. Um aber doch das Papensche Programm begründen zu können, ziehen sie daraus folgende Konsequenzen: wenn es wahr ist, daß in den kapitalgesättigten Ländern der Welt der wirtschaftliche Anstieg bereits in nächster Zeit bevorsteht, wenn aber in Deutschland es noch längere Zeit dazu braucht, dann soll der Papensche Versuch, die Wirtschaft anzukurbeln, diese Zeitdifferenz zwischen einer Weltkonjunktur und einer später zu erwartenden deutschen Konjunktur überbrücken; die deutsche Wirtschaft soll so auf den Krücken des Ankurbelungsprogramms das Tempo des Anschlusses an die Weltwirtschaft verstärken.

In dieser Richtung ist so ziemlich alles falsch. Es ist einmal falsch, daß die gesamte Weltwirtschaft sich schon auf der Stufe des Konjunkturanstieges befindet, die hier vorausgesetzt wird. Auf der anderen Seite sind neben allen Hemmungen, die die Weltwirtschaft betreffen, gerade für den deutschen Kapitalismus noch besonders schwerwiegende Hemmungsfaktoren wirksam, Faktoren, auf die die Vierteljahrshefte selbst — allerdings an einer ganz anderen Stelle — mit allem Nachdruck aufmerksam machen. Sie stellen nämlich fest, daß die Aussichten „auf eine Absatzbelebung als weiterhin ungünstig bezeichnet werden. Dies ergibt sich aus der Betrachtung der vier großen Absatzwege, auf denen eine Belebung der Nachfrage herinkommen könnte; des Verbrauchs, des Exports, der Anlageinvestitionen und der Vorratsinvestitionen.“

Gehen wir auf die einzelnen Faktoren ein. Es braucht kein Wort darüber verloren zu werden, daß der Verbrauch in Deutschland in der letzten Zeit nicht gestiegen ist und auch in nächster Zeit nicht steigen wird. Das Volkseinkommen und vor allem das Arbeitseinkommen ist weiter gesunken, und die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Papenschen Programms gehen ja nicht in der Richtung, das Einkommen der breiten Massen zu erhöhen, im Gegenteil, sie verringern es weiter.

Wie steht es mit dem Export? Da wird mit Recht festgestellt, daß während noch in den Jahren 1930 und 1931 bei einem allgemeinen Rückgang des Weltaushandels der deutsche Export sich verhältnismäßig günstig entwickeln konnte, im Jahre 1932 das Gegenteil bisher festzustellen ist. Bei einem allgemeinen Rückgang des Weltaushandels ist das Tempo der Rückgänge in Deutschland weit stärker als in der ganzen Welt. Die Vierteljahrshefte betonen, daß an dieser Entwicklung in nächster Zeit kaum etwas geändert wird.

Wie steht es mit den Investitionen? Da gilt für die deutsche Wirtschaft noch verstärkt, was für die gesamte Weltwirtschaft gilt. In der Zeit der Konjunktur, in der eine umfangreiche Rationalisierung durchgeführt wurde, ist die deutsche Produktionskapazität außerordentlich stark gestiegen. In der deutschen Industrie werden die Werke vielfach nur noch zu einem Viertel, bzw. zu einem